

HAMBURG/DEN 17. FEBRUAR 1922

WIRTSCHAFTSDIENST

DEUTSCHER VOLKSWIRT

HERAUSGEGEBEN VOM HAMBURGISCHEN WELT-WIRTSCHAFTS-ARCHIV

JAHRESPREIS BEI DER POST UND IM BUCHHANDEL 100 MARK :: IN KOMMISSION BEI OTTO MEISSNERS VERLAG/HAMBURG :: SCHRIFTLEITUNG: HAMBURG 36/ROTHENBAUMCHAUSSEE 5

FERNSPRECHER HANSA 2447-51 UND ELBE 5052

VII. JAHRGANG

NR. 7

Staats- und Wirtschaftskalender

7. Februar

Die Streikbewegung der Eisenbahner flaut merklich ab, der Deutsche Eisenbahnerverband ruft zur Arbeit auf. Am Abend bringen Besprechungen der Reichsregierung mit den Spitzenverbänden, bei späterer Heranziehung von Funktionären der streikenden Reichsgewerkschaft, als Ergebnis den Abbruch des Streiks. Die Disziplinierung der Streikenden wird nach Richtlinien vorgenommen, die das Gesamtkabinett aufstellt, sie beschränkt sich auf Führer und Saboteure.

Magistrat und Gewerkschaften fordern in Groß-Berlin zur Arbeitsaufnahme auf, der Streik geht weiter.

Lloyd George erklärt im Unterhaus, daß England die Streichung der Kriegsschulden nur vornehmen werde, wenn alle Beteiligten dasselbe tun. — Dollar: 202 *M.*

8. Februar

Die Arbeit wird in der Mehrzahl der Direktionsbezirke wieder aufgenommen. Der Betrieb stockt fast noch ganz.

Die Urabstimmung der städtischen Arbeiter Berlins ergibt eine Mehrheit für den Streik, jedoch beteiligen sich an dieser nur etwa 60 % der Arbeiter. Daraufhin beschließen die Funktionäre die bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit.

Die französische Regierung schlägt in einer Note an England den Aufschub der Konferenz von Genua um mindestens drei Monate vor.

Ein englischer Kredit an Österreich in Höhe von 2 Mill. £ ist, laut Reuter, beschlossen. — Dollar: 199 *M.*

9. Februar

Im Reichstag gibt der Reichskanzler eine scharfe Erklärung über den Streik ab.

Die Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. 2. wird aufgehoben. Die Richtlinien des Reichskabinetts über die Disziplinierung der Beamten werden veröffentlicht. Die Arbeit auf der Reichsbahn ist, bis auf Braunschweig, überall aufgenommen.

Die Arbeiter beginnen in den städtischen Betrieben Berlins ihre Tätigkeit. Nur bei der Straßenbahn sind noch erhebliche Widerstände der Angestellten zu verzeichnen. — Dollar: 191.75 *M.*

10. Februar

Die Reichstagssitzung wird nach Erklärungen des Verkehrsministers und Reichskanzlers wegen Tumultszenen abgebrochen.

Zwischen Koalitionsparteien und Deutscher Volkspartei beginnen neue Verhandlungen über das Steuerkompromiß.

Lloyd George erklärt auf eine Anfrage im Unterhaus, daß die Arbeitslosigkeit in England nicht lediglich eine Folge der Reparationen sei, sondern auf Gründe allgemein weltwirtschaftlicher Natur zurückzuführen ist. Die Aufhebung der Reparationen, die Frankreich schwer treffen würde, stehe deshalb nicht zur Erwägung. — Dollar: 197.75 *M.*

11. Februar

Der Reichskanzler fordert, da im Reichstag mehrere Mißtrauensanträge, auch der Volkspartei und der Unabhängigen, gegen die Regierung vorliegen, ein eindeutiges Vertrauensvotum. Die Abstimmung hierüber wird auf Mittwoch, den 15. verlagt.

Der Bergarbeiterstreik in Böhmen ist beendet. — In Dänemark sind etwa 200 000 Arbeiter ausgesperrt, da sie die Schiedssprüche über Lohnherabsetzungen nicht anerkennen.

Die englische Regierung wird voraussichtlich keine Verschiebung der Konferenz von Genua billigen. — Dollar: 200 *M.*

12. Februar

Der Betrieb bei der Reichsbahn wie der Berliner Straßenbahn ist fast völlig wieder im Gange.

Die Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten wird am Donnerstag, 16., in ihrem Hauptvorstand zusammentreten und über die durchgeführten Maßregelungen Streikender Beschlüsse fassen. Eine neue Streikaktion soll erwogen sein.

13. Februar

Dollar: 203 *M.*

14. Februar

Der Reichstag berät bei geringer Beteiligung das Reichsmietengesetz.

Bei Besprechungen mit den Beamtenverbänden im Reichsfinanzministerium ergibt sich Übereinstimmung dahin, daß die Wirtschaftsbeihilfen an Beamte in enger Anlehnung an das Verfahren bei Teuerungszuschüssen an Arbeiter gegeben werden.

Die deutsch-polnische Konferenz in Genf beginnt ihre Tätigkeit mit einer Beratung über den Schutz der Minderheiten.

Nach Berliner Meldungen soll ein Wirtschaftsabkommen zwischen Frankreich und Rußland vor dem Abschluß stehen, das die Frage der russischen Vorkriegs- und Kriegsschulden regelt und Frankreich eine Vorzugsstellung in Rußland einräumt. — Dollar: 199.50 *M.*

Die Lösung der Eisenbahnfrage

Auf unser Ersuchen hat der Vorkämpfer der Verkehrsvereinheitlichung, der seit Bismarcks Zeiten ununterbrochen an diesem Problem mitgearbeitet hat, über die Eisenbahnfrage ein fachmännisches Urteil abgegeben und den folgenden Appell an die kaufmännischen Führer der deutschen Wirtschaft gerichtet. Die Schriftleitung:

Unsere Zeit geht auf die Bildung großer Konzerne hinaus. Immer enger schließen sich die Riesenunternehmungen zu weiteren Interessengemeinschaften zusammen. Dieser Verschmelzungsprozeß war auf dem Verkehrsgebiete schon frühzeitig in Bewegung gekommen: Bismarck griff derzeit das Reichseisenbahnproblem mehr aus politischen Motiven, um die Reichseinheit zu befestigen, auf. Seitdem ist der Gedanke nicht mehr zur Ruhe gekommen — wenn auch in schwächerer Strömung, so oft es den Eisenbahnen gut ging —, bis ihn endlich der Weltkrieg zur Reife gebracht hat. Aber auch in diesem Stadium zeigten sich die Länder zur Abgabe ihrer Eisenbahnen an das Reich erst dann bereit, als es diesen schlecht ging. Infolgedessen wurde aus der in der Reichsverfassung großzügig erdachten Vereinheitlichung des gesamten Verkehrswesens eine finanzielle Unterstützungsaktion zugunsten der Eisenbahnländer auf Kosten des Reiches. Dadurch geriet die ganze Operation schon von Haus aus in eine schiefe Lage. Waren die Staatsbahnen schon notleidend, als sie in die Hände des Reiches kamen, so mußte die an deren Stelle tretende Reichsbahn durch die ihr von den Eisenbahnländern auferlegten schweren Mehrlasten erst recht notleidend werden: daran konnte auch das Jonglieren mit Goldwerten nichts ändern. Dazu kam aber noch, daß die Eisenbahnländer hinsichtlich ihrer weiteren Mitwirkung bei der Verwaltung der Reichsbahn solche Vorbehalte machten, daß sie in ihrem Bereich immer noch die Herren blieben. Vor diesem Zerrbild stehen wir heute noch: diesem nicht scharf ins Auge sehen zu wollen, wäre gleichbedeutend mit einer dauernden Festlegung dieser unhaltbaren Zustände.

Was ist nun zu tun? Wie stets bei ungeordneten Verhältnissen, sucht jeder für sich möglichst viel herauszuschlagen. Durch die gesamtwirtschaftlichen und politischen Krisen verschärft, folgen Notbehelfe auf Notbehelfe: die Tarife werden überspannt und, noch ehe die neuen Tarifierhöhungen eingeführt sind, brechen schon Streiks wegen der hieraus zu erwartenden Preis- und Lohnerhöhungen aus: eine Schraube ohne Ende!

Kann man diesen verfahrenen Verhältnissen überhaupt beikommen? Ich glaube — kurz gesagt — ja. Aber auch nur dann, wenn man dem Übel an die Wurzel geht: die partikularistisch-bureaucratischen Elemente müssen durch solche ersetzt werden, die befähigt sind, die deutschen Eisenbahnen in eine privatwirtschaftlich betriebene Reichsbahn umzuwandeln. Es ist nicht damit getan, daß das Eisenbahnwesen mit allen Wurzeln aus dem Reichsboden herausgerissen wird, es will schonend und fürsorglich nach privatwirtschaftlichen Methoden neu beackert und kultiviert sein. Hiermit müssen kaufmännisch veranlagte

Kräfte betraut werden und diese wiederum freie Hand haben, um sich voll entfalten zu können. Die Finanzen, Tarife, Materialbeschaffungen, Besoldungen und Löhne müssen in ihren Händen liegen, sie müssen die Bilanz aufstellen und das ganze Unternehmen nach kaufmännischen Grundsätzen einheitlich leiten. Erst dann vermag sich dies wirtschaftlich so zu entwickeln, wie es in der Reichsverfassung gedacht ist, erst dann werden wir im Verein mit den Wasserwegen in Deutschland ein leistungsfähiges, einheitlich betriebenes Verkehrswesen haben, an dem sich das daniederliegende Wirtschaftsleben wieder aufrichten kann. Die Zeit dafür wird kommen: die Zukunft gehört dem Wirtschaftsleben! Die großen Konzerne, von denen eingangs die Rede war, werden sich auch auf das Verkehrswesen weiter ausdehnen. Deutschland ist das Herz Europas: nicht dies allein, der gesamte europäische Wirtschaftskörper ist leidend, dessen Heilung ist nur durch einen einheitlich geleiteten Gesundungsprozeß möglich. Nur in diesem großen Rahmen kann sich die Lösung der deutschen Eisenbahnfrage vollziehen. Was könnte es helfen, ein einzelnes Glied heilen zu wollen, wenn der ganze Körper krank ist? So weit hinaus gerückt hiernach die Hoffnung auf volle Heilung unseres Verkehrswesens auch scheint, nur durch die Radikalkur des gesamten europäischen Wirtschaftskörpers läßt sie sich erreichen. Es wäre aber Vogelstraußpolitik, im Hinblick auf diesen internationalen Sanierungsprozeß bei unseren Eisenbahnen die Hände in den Schoß legen zu wollen. Im Gegenteil, wir müssen bei uns schon jetzt darauf bedacht sein, die richtigen Heilmittel zu ergreifen, damit zu der Zeit, wo sich der große Heilungsprozeß an dem gesamten europäischen Wirtschaftskörper vollzieht, das wichtigste Organ des europäischen Wirtschaftskörpers wieder kräftig sich regen kann.

Von der Richtigkeit dieser Heilungsmethode durchdrungen, rufe ich auch allen kaufmännischen Kreisen zu: Sie müssen es als ihre höchst eigene Sache ansehen, daß Ihre besten Kräfte dem Verkehrswesen zugeführt werden und müssen dort mit Hand anlegen, um den privatwirtschaftlichen Betrieb bei der Reichsbahn einzuführen! Es würde zu weit führen, die der kaufmännischen Verwaltung harrenden Aufgaben hier näher zu erörtern. Bei allem, was sie demnächst plant, wird sie nicht die Rechnung ohne den Wirt machen dürfen: Politik — auch Eisenbahnpolitik — ist die Kunst des Erreichbaren. Neben dem ethischen Moment: Deutschlands größte Errungenschaft, die Verkehrsvereinheitlichung, zu verwirklichen, spielen auch höchst wichtige materielle Interessen: niedrige Tarife, günstige Fahrgelegenheiten, zufriedenes Personal eine große Rolle. Dies alles in Einklang zu bringen, ist die Kunst, deren Verwirklichung den kommenden Organisatoren des Verkehrswesens als Aufgabe gestellt ist. Die Lösung der Eisenbahnfrage ist also zunächst eine Personenfrage.

Wirklicher Geheimer Rat Dr. Hermann Kirchhoff

Der Streik der Eisenbahnbeamten

Nach einer gewissen Konsolidierung der wirtschaftlichen wie der sozialen Verhältnisse in der letzten Zeit und einem Abflauen in der Aktionskraft des Linksradikalismus ist der Erfolg des Bahnbeamtenstreiks in seiner Ausdehnung auf fast ganz Deutschland einigermaßen überraschend. Alles schien gegen das Zustandekommen dieses ersten großen Verkehrs- und gleichzeitig ersten Beamtenstreiks — wenn man von der

ganz anders verursachten politischen Demonstration des „Generalstreiks“ vom März 1920 absieht — zu sprechen. Der entschlossene Widerstand der Regierung und die Ablehnung des Streiks durch fast die gesamte Bevölkerung war mit Sicherheit zu erwarten, in den eigenen Reihen ergab sich Widerspruch gegen das Vorhaben der Streikwilligen bis zu schroffer Ablehnung, die zu Abspaltungen führte — ein Einvernehmen

mit den Schwesterorganisationen war nicht hergestellt, es fehlte sogar an einer zündenden Streikparole. Es darf dabei wohl fraglich bleiben, ob man den Ausbruch des Streiks und den überraschenden Erfolg der Streikparole als Erfolg bolschewistischer Taktik und sorgsamer Vorbereitung hinstellen will, oder ob man nicht vielmehr die Streikneigung mit dem — freilich nicht eingestanden — Ende der Hoffnungen auf „bessere Zeiten“ unter der Herrschaft der sozialistisch-kommunistischen Idee in Zusammenhang bringt. Dann wäre der Streik auf ein dumpfes und verzweifelteres Gefühl in den beteiligten Schichten zurückzuführen, das zum auflehrenden Handeln drängt, nachdem die letzten Jahre trotz des „Sieges“ vom November 1918 keine entscheidende Verbesserung der Lage gebracht haben und nun eine neue Ära der Mechanisierung, der Versachlichung aller Beziehungen, der Entradikalisierung sich in Partei, Gewerkschaft und selbst im Sowjetstaat durchsetzt. —

Die Versuchung, einen verzweifelteren Gewaltstreik zu inszenieren, war für jene Beamtenklasse, von der der Streik ausging, die Lokomotivführer, besonders groß: als verhältnismäßig kleine Schicht, in erstaunlichem Maße untereinander über weite Bezirke hin bekannt, beherrscht sie den gesamten Bahnverkehr. Und weiter ist der Rückfall in alte Kampfesmethoden mit leidenschaftlicher Unsachlichkeit ohne erschöpfende Vorbereitungen, die selbst Sabotagehandlungen im Gefolge hat, zu einem Teil daraus erklärlich, daß es sich bei den Trägern der Bewegung, der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter, um eine im gewerkschaftlichen Kampf — als Beamtenorganisation — verhältnismäßig junge und unerfahrene Gruppe handelt, die auch keinem der alten und großen Spitzenverbände angehört.

Die genannte Reichsgewerkschaft macht mit etwa 200 000 Mitgliedern den wesentlichsten Bestandteil — neben der Reichsgewerkschaft der Post- und Telegraphenbeamten — des Deutschen Beamtenbundes (919 000 Mitglieder) aus, der, als ausgesprochene Beamtenorganisation, sich neben den Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten eine gewisse natürliche Sonderstellung gewahrt hat. Freilich sind die Mehrzahl der Eisenbahnbediensteten, Arbeiter und Angestellte wie auch untere Beamte, in den alten Verbänden zusammengefaßt. —

Die beiden großen sozialistischen Verbände, Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund (ADG) und Allgemeiner Freier Angestelltenbund (AFA), die in enger Fühlung miteinander stehen, haben für die ihnen angeschlossenen Beamten eine gemeinschaftliche Beamtenzentrale geschaffen. Dem erstgenannten gehört die größte Fachgewerkschaft der Eisenbahner, der Deutsche Eisenbahnerverband (544 000 Mitglieder, Arbeiter und untere Beamte) an. Als nächstwichtiger Verband ist die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter (250 000 Mitglieder) zu nennen, die dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB), also der christlichen Organisation, sowohl über den Gesamtverband Deutscher Beamten- und Staatsangestelltengewerkschaften, dessen wichtigsten Teil sie ausmacht, angeschlossen ist, wie auch über den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften. Endlich ist als einzige verbleibende Organisation von Bedeutung der Allgemeine Eisenbahnerverband (mit 82 000 Mitgliedern) im Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaftsring anzuführen.

Wie sehr die Bezeichnung des Ausstandes als einer verzweifelteren Provokationshandlung zutrifft, zeigt die Entstehungsgeschichte der Streikbewegung. Im Oktober 1921 hat die Regierung von sich aus — wie es vorher unter dem Eindruck der sinkenden Kaufkraft unserer Währung angekündigt worden war — eine vollständige Änderung der Beamtengrundgehälter nach vorheriger Verständigung mit den Organisationen vorgenommen. Diese ist mit Wirkung vom 1. 10. an in Kraft getreten und bedeutete — unter Einschluß der Lohnerhöhungen für Angestellte und Arbeiter — eine Mehrbelastung der öffentlichen Körperschaften um etwa 15. Milliarden $\mathcal{M}$. Bei der Ver-

abschiedung des Gesetzes im Reichstag am 11. 11. wurde eine Nachprüfung der Gehaltssätze und deren Spannung in den einzelnen Ortsklassen als notwendig bezeichnet und damit als Aufgabe der Regierung erkannt. Schon am 3. 12. stellte der Deutsche Beamtenbund neue, von den übrigen Organisationen mit unterzeichnete Forderungen, die — wieder mit Wirkung ab 1. 10. — eine Neuregelung der Gehaltssätze verlangten. Erhöhungen der Beamtenbezüge um 50, in einigen Fällen bis 70 %, wurden gefordert. Die Gesamtheit der Mehraufwendungen, mit Einschluß der geforderten Lohnerhöhungen für die Arbeiter, hätten Reich, Länder und Kommunen mit 60—70 Milliarden $\mathcal{M}$ belastet. So fiel naturgemäß die Antwort des Finanzministers auf diese Forderungen ablehnend aus, und in Anerkennung der von ihm genannten Gründe zogen die Organisationen noch vor Weihnachten ihre Wünsche zurück. — Der Januar war mit Verhandlungen zwischen Reichsregierung und Spitzenorganisationen ausgefüllt, die langsam fortschritten und keine grundsätzlichen Gegensätze zwischen den beiden Parteien zu Tage treten ließen. Als vorläufiges Ergebnis schien festzustehen, daß für die Gewährung des Teuerungszuschlages zu den Gehältern, über deren Höhe kaum noch Differenzen bestanden, ein anderes Verfahren gewählt werden würde, analog der Zahlung von Überteueringzuschüssen an die Arbeiter.

Dies alles war allgemein bekannt. Trotzdem unternahm, einigermaßen überraschend und ohne vorherige Verständigung mit den andern Organisationen, die Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamter am 26. 1. ihre Sonderaktion, die in der Stellung des auf fünf Tage befristeten Ultimatus an die Reichsbehörden gipfelte. Darin wurden die Forderungen des 3. 12. und die während der Januarverhandlungen von den Verbänden zurückgestellte Forderung der automatischen Anpassung von Löhnen und Gehältern an die Teuerung erneut erhoben, sowie die Abänderung der Entwürfe für Eisenbahnfinanz- und Arbeitszeitgesetz verlangt. Es würde keineswegs zur Entschuldigung dieses bewußt provokatorischen, jegliche Verhandlungen vereitelnden Verfahrens genügen, wenn die Alarmnachrichten zuträfen, die sogar der „Vorwärts“ brachte. Danach sollen zahlreiche Beamten der Klassen 1—6 Urkunden erhalten haben, in denen die vierwöchentliche Kündigungsfrist festgesetzt ist. Weiter sind die Gehälter bis zur Klasse VI, die die Lokomotivführer enthält, tatsächlich außerordentlich niedrig und erreichen erst in Klasse V bei mittlerer Gehaltsstufe und höchsten Ortszuschlag für den Unverheirateten monatlich 2000 $\mathcal{M}$.

Während der Frist des Ultimatus setzte die Regierung ihre Beratungen über die Gehaltsregelung unbeirrt fort, traf aber andererseits Vorbereitungen, um für den Ausbruch des Streiks gerüstet zu sein. Freilich glaubte man nur Teilstreiks erwarten zu müssen.

Am 1. 2. wurde dann im Hauptvorstand der Reichsgewerkschaft nach einer stürmischen Nachtsitzung der Streikbeschluß gefaßt, der Beginn auf Mitternacht desselben Tages festgesetzt. Für den Streik stimmten 20 Vertreter, dagegen 15, einer enthielt sich der Stimme. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß zwei württembergische Vertreter, die Auftrag hatten, gegen den Streik zu votieren, in der entscheidenden Sitzung nicht zugegen sein konnten. Die üblichen gewerkschaftlichen Grundsätze: Zweidrittelmehrheit in der Urabstimmung vor jeder Arbeitsniederlegung — waren also in keiner Weise gewahrt, wenn auch die Gewerkschaft den Vorstand zur Proklamierung des Ausstandes ermächtigt hatte. Weiterhin hatte die Fachgewerkschaft VI der Reichsgewerkschaft, die die Beamtengruppen 7—10, also „gehobene Beamte“ umfaßt, bereits am 29. 1. fast einstimmig das Vorgehen ihrer Hauptorganisation

mißbilligt und für ihre Mitglieder die Beteiligung am Streik abgelehnt. Die Gruppe der Oberbeamten war schon einige Zeit vorher wegen der fortschreitenden Radikalisierung der Gewerkschaft aus dieser ausgetreten. Nun erklärte auch der Bayerische Verkehrsbeamtenverein, die bayrische Gruppe, ihren Austritt aus der Reichsgewerkschaft.

Eine Fühlung mit den anderen Eisenbahnverbänden war nicht vorhanden. Allein der Deutsche Beamtenbund, die Spitzenorganisation der Reichsgewerkschaft, erklärte, daß er die Stellungnahme der Streikwilligen würdige und eine Einigung mit der Bahnverwaltung anbahnen wolle. Dazu ist es allerdings nicht gekommen.

Während so durch die ablehnende Haltung in den eigenen Reihen — auch Baden und Württemberg hatten sich ja gegen den Streik erklärt — die Sache schon verloren scheinen mußte, war bei Parteien und Regierung nicht das geringste Zeichen von Schwäche oder Entgegenkommen zu entdecken. Mehrheitssozialdemokratie und Unabhängige — von den Parteien der Mitte und der Rechten ganz zu schweigen — sprachen sich mehr und weniger scharf gegen den Streik aus, bei aller Sympathie für die beteiligten Kreise. Die christliche Gewerkschaft, der Verband Deutscher Eisenbahner, bedauerte den Streikbeschluß, verbot seinen Mitgliedern aber andererseits, Streikarbeit zu leisten. Mehrere Minister, viele Stellen der Eisenbahnverwaltung hatten sich in den Vortagen scharf gegen den Ausstand gewandt und vor der Beteiligung daran gewarnt.

Verhandlungen auf Grund des Ultimatums waren überall schroff abgelehnt worden. Bereits am 29. 1. wurden die im Urlaub befindlichen Beamten durch einen Erlaß des Reichsverkehrsministers zurückgerufen. Die Eisenbahndirektionen bereiteten sich auf die Einrichtung eines Notverkehrs unter Heranziehung der höheren und der Bureaubeamten, wie der Technischen Nothilfe, vor. Auch in anderer Weise wurden Streikvorbereitungen getroffen, so untersagte die Direktion Essen bereits am 31. 1. ihren Dienststellen die Annahme von Frachtgutsendungen. Die wichtigste Regierungshandlung aber erfolgte am 1. 2., als der Reichspräsident die bekannte Verordnung erließ: Verbot der Arbeitsniederlegung, Festsetzung von Gefängnis- oder Geldstrafen für Aufforderung zum Streik, für Sabotagehandlungen und für Bedrohung von Arbeitswilligen, endlich Vollmacht an den Reichsverkehrsminister, Notstandsmaßnahmen zu treffen.

Trotz all dem begann in großen Teilen Deutschlands mit dem 2. 2. der Streik: neue Züge wurden nicht mehr ablassen, die unterwegs befindlichen in der Regel, doch nicht in allen Fällen, zur Bestimmungsstation durchgeführt. Allerdings war die Beteiligung zunächst fast nur auf die Lokomotivführer beschränkt, die übrigen Beamten und die Arbeiter waren in der Mehrzahl zum Dienst erschienen. Im besetzten Gebiet und in Oberschlesien hatte die Reichsgewerkschaft nicht zum Streik aufgerufen, weil unter dem Druck der feindlichen Kriegsgerichte ein solches Vorgehen aussichtslos erschien. Ganz Süddeutschland beteiligte sich nicht am Streik — die in einzelnen bayrischen Direktionen vorhandenen Absichten, die Arbeit niederzulegen, wurden durch Maßnahmen der Verwaltung und den Einfluß der arbeitswilligen Beamten, vor allem in Augsburg, schnell unterdrückt. Auch in Mecklenburg kam es zunächst nicht zum Streik. Merkwürdigerweise war in dem sonst so unruhigen Mitteldeutschland, so in den Direktionsbezirken Magdeburg, Halle und Erfurt, die Beteiligung am Ausstand anfangs außerordentlich gering und hier, wie im benachbarten Kasseler Bezirk, konnte der Verkehr noch einige Tage im größeren Umfang aufrecht erhalten werden. Dann allerdings machten sich die radikalen Einflüsse auch hier in

verstärktem Maße geltend, die Streikbewegung ergriff weitere Beamten- und Arbeiterklassen, und es zeigte sich auch, daß rein technisch die Bewältigung des Verkehrs innerhalb der Einheit des Deutschen Reiches unmöglich war, sobald wichtige Teile des Ganzen nicht mehr mitarbeiteten. So stockte nach wenigen Tagen auch schon innerhalb des arbeitswilligen Süddeutschlands praktisch der Verkehr, nur einzelne Züge waren noch durchzuführen.

Große Hoffnungen, die man sich auf die Einrichtung eines Notverkehrs mit Hilfe von anderen Beamten und Technischer Nothilfe gemacht hatte — der Notverkehr mit Kraftfahrzeugen und Flugzeugen, an sich geringe Möglichkeiten bietend, wurde noch durch das Wetter erschwert — wurden in dem Maße enttäuscht, als der Streik auf die Arbeiter und die Spezialbeamten an den Stellwerken übergriff, so daß mit den verfügbaren Kräften weder die Kohlenversorgung und Heizung der Lokomotiven, noch die besondere Kenntnis der Verhältnisse voraussetzende Bedienung der Weichen durchgeführt werden konnte. Die Verwaltung hatte ihre Vorbereitungen im Hinblick auf einen Streik nur der Lokomotivführer getroffen, bei der wesentlich verschlechterten Lage war es nun unmöglich, daß die Nothilfe hier einen ebensolchen Sieg wie bei dem gleichzeitigen Groß-Berliner Streik der städtischen Arbeiter davontrug. Trotzdem konnten bei Ende des Ausstandes in den meisten Bezirken 10 % der Güterzüge, 30 % der Personenzüge gefahren werden — was natürlich nicht den entsprechenden Anteil an der Bewältigung des Verkehrs bedeutet.

Verschärft wurde die Streiklage vor allem dadurch, daß einzelne Ortsgruppen der Eisenbahnergewerkschaften gegen die ausdrückliche Weisung der Verbandsleitungen sich dem Streik anschlossen, wie das bereits am 2. 1. die Funktionäre des Deutschen Eisenbahnverbandes in Berlin taten, und daß weiterhin Beamte und Arbeiter — so die Werkstättenarbeiter vieler Städte — in den Streik traten, ohne vorher in den Organisationen Beschlüsse über die Beteiligung herbeigeführt zu haben. In Zusammenhang mit diesen wilden Streiks steht bis zu einem gewissen Grade der gleichfalls „wilde“ Streik der städtischen Arbeiter und Angestellten in Berlin. Weiter drohte die Streikbewegung auf Post- und Telegraphenbeamte — zumal wieder in Berlin — überzugreifen. Es ist bemerkenswert, wie sehr, bei aller verstandesmäßigen Ablehnung des Ausstandes durch die Linke, die rein gefühlsmäßige sympathische Einstellung den Streikenden gegenüber an Boden gewann. Damit steht in Zusammenhang, daß es außerordentlich schwierig war, während der Streiktage ein objektives Bild von den Vorgängen zu gewinnen: alle Meldungen und Presseäußerungen waren mehr oder minder von Wünschen und Gefühlsmomenten beeinflusst, sowohl bei der Darstellung der Lage als auch bei der Schilderung der Verhandlungen und Vermittlungsaktionen. Als besonders kennzeichnend für die Art, wie Gerüchte als bare Münze ausgegeben und weitergegeben wurden, sei nur hier die gleich anfangs auftauchende und weit verbreitete Meldung von der Mobilisierung der Reichswehr genannt — zu welchem Zweck diese erfolgt sein sollte, war nicht ersichtlich. Unter der Herrschaft der allgemeinen Militärpflicht wäre freilich eine Teilmobilisation, nach dem Beispiel Frankreichs unter der ersten Ministerpräsidentschaft Briands, ein bequemer Ausweg gewesen: wenn man, wie es damals dort geschah, die Mobilisierung auf die Eisenbahner beschränkt und diese, unter dem Druck der kriegsrechtlichen Bestimmungen, bei einfacher Löhnung, auf militärisch-dienstlichem Wege zur Verrichtung ihrer Funktionen gezwungen hätte. Doch diese Möglichkeit einer „eleganten Lösung“ besteht ja nicht mehr.

Fast noch schwerer erscheint es jetzt, nach Beendigung des Streiks durch die Verhandlungen vom 7. 2., ein objektives

Bild von den Vorgängen zu geben, die die Lösung des Konfliktes gebracht haben, da diese mittlerweile zu einer hochpolitischen Bedeutung gelangt sind. Immerhin kann in aller Kürze und vorsichtigen Beschränkung folgendes gesagt werden: Ebenso, wie zwischen Worten und tatsächlichem Vorgehen der Reichsregierung und besonders des Reichskanzlers ein Widerspruch gesehen werden kann und das so lange, als die letzten Maßnahmen hier noch nicht getroffen sind, besteht ein, nur wesentlich stärkerer, Widerspruch zwischen den stillen, vielfach nicht eingestandenen Hoffnungen in den Kreisen der Streikenden und den bitteren Klagen ihrer linksradikalen Beschützer und Wortführer über die völlige Niederlage der Streikbewegung. Was sie tatsächlich für die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage erkämpft haben, ist im Augenblick nichts, es sind Zusicherungen, daß die Regierungsmaßnahmen in der Besoldungsfrage ihren Fortgang nehmen. Wenn deren Ergebnis vorliegt, wird es müßig sein, darüber zu streiten, was davon dem Kampf zu verdanken, was auch ohne Streik erreicht worden wäre. Von den Forderungen, von denen der Abbruch des Streiks abhängig gemacht wurde, ist nur eine teilweise durchgedrungen: die Maßregelung der Beamten wird nach Richtlinien des Gesamtkabinetts erfolgen, bleibt also nicht völlig dem Ermessen des Reichsverkehrsministers überlassen.

Andererseits ist auch die Regierung mit ihren Plänen und Vorhaben nicht durchgedrungen: die Verordnung des Reichspräsidenten ist nicht zur Anwendung gekommen, Verhandlungen mit den Streikenden haben stattgefunden, entgegen aller früheren Ablehnung, wenn schon auf dem Umweg, daß man sich, um das Prestige zu wahren, des Beamtenbundes und jenes Teiles der Reichsgewerkschaft als Vermittler bediente, der den

Streik abgelehnt hatte. Und war auch ein Vorgehen gegen sämtliche am Ausstand Beteiligten praktisch unmöglich, so stellt doch das ausdrückliche Zugeständnis, daß Massendisziplinarverfahren und Massenentlassungen nicht stattfinden würden, ein gewisses Zurückweichen der Regierung dar. — Über die Rolle endlich, welche der Referentenentwurf des Arbeitszeitgesetzes — also ein vorläufig gänzlich unverbindlicher Gesetzestext — bei den entscheidenden Verhandlungen gespielt hat, ist es jetzt noch nicht möglich, ganz klar zu sehen. Freilich handelt es sich auch hierbei um eine Prestigeangelegenheit ohne praktische Auswirkungen für das augenblickliche Arbeitsverhältnis der Beamten.

Am 8. 2. gingen die Aufrufe der Reichsgewerkschaft zur Wiederaufnahme der Arbeit hinaus. Die Woche, die seitdem vergangen ist, war mit den Bemühungen ausgefüllt, die mächtige Maschinerie des Verkehrs wieder zum Einspielen zu bringen.

Dabei ist es erst recht klar zum Bewußtsein gekommen, wie mächtige Schäden der Streik direkt und indirekt für Verkehrswesen und Volkswirtschaft gebracht hat.

Ein abschließendes Urteil darüber, ob das Kompromiß, das den Streik beendete, doch noch in seinem Erfolg als Sieg der Regierung zu werten ist, weil die Opposition der Beamenschaft gebrochen ist, oder ob es nur neue und schwierigere Entscheidungskämpfe bringen wird, ist vor geraumer Zeit nicht zu fällen. Ehe nicht alle Maßnahmen der Regierung getroffen sind und ihren Widerhall gefunden haben, ehe nicht die innerpolitischen Verwicklungen, die sich an den Streikausgang knüpfen, zu Ende gekommen sind, ist jeder Streit darüber müßig.

Erwin Topf

Die indische Revolution II

Die Inder in Afrika — Afghanischer Krieg — Bolschewisten an den Grenzen — Aufruhr im Innern — Die Bewegung erfaßt die Mohammedaner — Das Gesetz gegen anarchistische und revolutionäre Umtriebe — Gandhi — Non-Cooperation — Islamitisch-hinduistische Verbrüderung — Ein Kaiserliches Manifest — Untersuchungsausschüsse

Wenn man Revolutionen überhaupt durch Reformen bannen kann, so wäre das Montagu-Chelmsford-Gesetz dazu schwerlich imstande gewesen, selbst wenn es nicht durch die anderthalb Jahre, die bis zu seiner Erledigung nötig waren, um seine Wirkung gebracht worden wäre. Denn die Zwischenzeit brachte traurige Ereignisse: die Grippepandemie und die Hungersnot, deren entsetzliche Todesziffern wir bereits erwähnten. Dazu kamen von anderen Teilen des Weltreiches politische Beschwerden. In der südafrikanischen Union, wo es 1914 zu einem Ausgleich zwischen Smuts und Gandhi in der Inderfrage gekommen war, verschärfte man die Beschränkungen, denen Inder bei dem Landerwerb und bei der Mitnahme ihrer Ersparnisse in Edelmetallen und Geschmeide nach Indien ausgesetzt waren. So lange die Burenrepubliken selbständig gewesen waren, war England tapfer für seine indischen Mitbürger eingetreten und hatte den Buren, die sich gegen die von Natal her stattfindende indische Überschwemmung wehrten, das Leben mit der immer wieder aufgerührten Inderfrage herzlich sauer gemacht. Nachdem aber die Burenrepubliken einverleibt und in der Südafrikanischen Union zusammengefaßt worden waren, wehrten sich die südafrikanischen Engländer nicht weniger mannhaft gegen die Asiaten, wie es die Buren getan hatten und ein energisches Eintreten Englands für die Inder hätte zu einer ernstlichen Krise in Südafrika führen können. Deshalb sah sich jetzt das Londoner Kabinett zu einem höchst sonderbaren Eiertanz genötigt, da es der Union weder vorschreiben wollte noch konnte, was die Inder verlangten, und Smuts er-

klärte schließlich ganz offen, daß die Union den Beschluß der Imperial War Conference von 1918, daß alle Rassen des Empires in den Dominien völlig gleiche Rechte haben sollten, nie verwirklichen würde. Diese Politik erregte einen Sturm der Entrüstung in Indien und kränkte persönlich Gandhi tief, der die Errungenschaften, die den Grund seiner Popularität bildeten, schwinden sah. Aber auch in Britisch-Ostafrika nahm die weiße Ansiedlerschaft eine außerordentlich scharfe Stellung gegen die Inder ein, die jene an Zahl bereits um ein Dreifaches übertrafen. Hier machte man sogar den schwereren Fehler, die Schwarzen für jeden von beiden Teilen als Bundesgenossen in Anspruch zu nehmen, sie also gewissermaßen als Schiedsrichter zwischen beiden streitenden Parteien einzusetzen! Immerhin konnte hier, wo es sich nicht um ein selbstverwaltendes Dominion, sondern um eine Kronkolonie handelte, tatkräftiger eingegriffen werden. Aber es geschah im Hinblick auf die Erbitterung der Weißen nur schwankend und zaghaft. Dies wurde umso mehr empfunden, als anderseits ein Akt formeller Gleichstellung mit den Dominions dadurch erfolgte, daß neben je zwei Vertretern dieser auch Indien an den Friedensverhandlungen teilnahm und durch die Hand des Staatssekretärs E. S. Montagu und des Maharadscha von Bikaner Sir Ganga Singh Bahadur die Völkerbundsakte und den Friedensvertrag unterschrieb. Das Statement of India 1919 hebt ausdrücklich hervor, daß Indien eine gewisse Berechtigung hatte, auf eine Entwicklung nach dem Vorbilde der Dominien zu hoffen.

Schließlich brach der neue Emir von Afghanistan, der seinem ermordeten Vater 1919 gefolgt war, mit Heeresmacht über die Nordwestgrenze ein. Und wenn es auch, dank den Fliegertruppen, in verhältnismäßig kurzer Zeit gelang, den Angriff zurückzuschlagen, so wurde doch der Friede, den England mit ihm schloß, als eine Schmach der weißen Herrschermacht empfunden. Denn dafür, daß der Emir für die Zukunft auf Subsidien und das Recht der Waffendurchfuhr durch Indien verzichtete, wurde ihm die Freiheit in der äußeren Politik, d. h. die uneingeschränkte Souveränität zuerkannt. Damit war das Ergebnis der gesamten afghanischen Politik Englands, das 1879 nach vierzigjährigen grausamen Kriegen erreicht worden war, preisgegeben. Was dagegen der Emir aufgab, erschien bedeutungslos. Die Waffenzufuhr war immer von der anglo-indischen Regierung mehr gehemmt als gefördert worden; sie hatte Bedeutung, solange die indischen Bahnen der afghanischen Grenze näher kamen als die russischen. Seit 1898 ist aber Herat von dem Endpunkte der russischen Bahn nur halb so weit entfernt als Kabul von dem der britischen, und nur der äußerste Südosten der Landes, Kandahar, ist direkt an das indische Bahnnetz angeschlossen.

Die neue russische Sowjetrepublik aber war gern bereit, den jungen Emir mit Geld und Waffen im Überfluß zu versorgen. Denn ihr Ziel war die Sowjetisierung der Welt. Und dazu bedurfte es des Sturzes der größten Kapitalmacht der Welt, die in Indien erfolgreich angreifbar schien.

Über die Ausbreitung des Bolschewismus nach Zentralasien ist in diesen Blättern dauernd berichtet worden.¹⁾ Deshalb hier nur ein kurzer Überblick. Gleich nachdem der Bolschewismus 1917 die Herrschaft erlangte, richtete er seine Augen auf Zentralasien. Das Jahr 1918 war mit emsigen Vorbereitungen ausgefüllt. Am Jahresschluß war die Propagandaabteilung fertig organisiert: es bestand ein Bureau für die islamischen Länder, eins für Indien und eins für den Fernen Osten. Bolschewistische Schriften wurden in die orientalischen Sprachen übersetzt und Agenten für den „Felddienst“ vorbereitet und ausgerüstet. Schon 1918 wurde dann der konservativ gesinnte Emir von Bukhara zu einer wenigstens formellen Unterwerfung und in Ferghana (Turkestan) die Mohammedaner gezwungen, sich massenweise in die Listen der Roten Armee eintragen zu lassen. Das Zentrum ihrer Tätigkeit wurde Taschkent, wo sie Propagandaschulen für den Osten errichteten. Anfang 1919 machte sich die Tätigkeit der Bolschewisten in Kleinasien, der Türkei, Persien, Ägypten usw. bemerkbar. In Indien erschienen Massen bolschewistischer Schriften. Der Bolschewismus hatte seine Hand im Spiele bei den nordindischen Unruhen im Frühjahr 1919 und besonders bei dem Afghanenangriff desselben Jahres. Und der Friede, der Afghanistan auch rechtlich freie Hand in der äußeren Politik gab, sanktionierte das Einverständnis des neuen Emirs mit Moskau. Im Dezember 1919 mußte der Umlauf russischer Rubelnoten in Indien verboten werden, um den Wühlern das Handwerk zu legen. Es war höchste Zeit, denn schon beschränkte sich der Bolschewismus nicht mehr auf geheime Wühlereien, sondern sprach in einem Tagesbefehl an die roten Truppen an der indischen Grenze es offen aus: „Kameraden der Pamir-Division, Euch ist eine verantwortungsvolle Aufgabe zuteil geworden. Die Sowjetrepublik sendet Euch aus als Garnisonen auf dem Pamir, an die Grenze der befreundeten Länder Afghanistan und Indien. Das Pamirplateau trennt das revolutionäre Rußland von Indien, dessen 300 Millionen durch eine Handvoll Engländer in Sklaverei gehalten werden. Hier müßt Ihr, die Vorboten der Revolution, die rote Flagge der Freiheit hissen. Mögen die gegen die britischen

Unterdrücker kämpfenden Völker Indiens wissen, daß freundschaftliche Hilfe nahe ist. Möget Ihr selbst bei den freiliebenden Völkern Nordindiens mit Wort und Tat den revolutionären Fortschritt fördern und die Flut der Verleumdungen zurückweisen, die britische Prinzen, Lords und Bankiers über Sowjetrußland verbreiten. Lang lebe die Verbrüderung der revolutionären Völker Europas und Asiens.“

Im Jahre 1920 ging man weiter. Nicht mehr der Kampf gegen die fremden Unterdrücker war das alleinige Ziel, sondern ebenso das gegen die „eingeborenen Unterdrücker“, die Besitzenden unter den orientalischen Völkern. In Turkestan, wo das Volk auf Grund der ihm 1917 gewährten „Selbstbestimmung“ seine angestammten Fürsten, die von dem zaristischen Rußland beseitigt worden waren, wieder eingesetzt hatte, wurden sie abgesetzt und lokale Sowjets eingerichtet, während die Besitzenden enteignet und durch Foltern und Massenhinrichtungen gefügig gemacht wurden. 1920 wurde die Tatarenrepublik Aserbeidjan mit der Hauptstadt Baku durch einen Handstreich zur Sowjetrepublik gemacht und die oberen und mittleren Klassen ausgeplündert und massakriert. Damit hatte der Bolschewismus in Asien genügend Boden gewonnen, daß er im Herbst 1920 in Baku einen „Kongreß der Ostvölker“ abhalten zu können glaubte. Nicht mehr die Befreiung von den Ausländern war das Ziel, sondern die völlige Bolschewisierung. Das Manifest der 3. Moskauer Internationale²⁾ redet die „Bauern und Arbeiter“ Persiens, Mesopotamiens, Anatoliens, Armeniens, Syriens und Arabiens an, jedem Volke auseinanderlegend, was es für Unrecht von den europäischen und amerikanischen Kapitalisten und den herrschenden Dynastien und Klassen erlitten habe. Es schließt: „Bauern und Arbeiter des Nahen Ostens! Wenn Ihr Euch organisiert, wenn Ihr eine eigene Bauern- und Arbeiterregierung gründet, wenn Ihr Euch bewaffnet und mit dem Heere der russischen Bauern und Arbeiter vordringt, dann werdet Ihr in der Lage sein, den englischen, französischen und amerikanischen Kapitalisten zu trotzen, dann werdet Ihr die Rechnung mit Euren eingeborenen Ausbeutern begleichen können. . . . Über das alles wollen wir in Baku verhandeln. . . .“

Es kamen 1900 Abgeordnete nach Baku aus der Türkei, Persien, Armenien, dem Kaukasus, Arabien, Indien und dem Fernen Osten. 1400 davon waren ausgesprochene Kommunisten. Sinowjew (Appelbaum) war Vorsitzender. In seiner Rede³⁾ sagte er: „Wir halten diesen Kongreß für eins der größten Ereignisse der Weltgeschichte. Denn er vereinigt nicht nur die arbeitenden Völker Europas und Amerikas, sondern die Millionen des Ostens. Dessen Völker bilden die Mehrheit in der Bevölkerung der Welt und sie allein werden demnach imstande sein, den Krieg zwischen Kapital und Arbeit zu einem endgültigen Abschluß zu bringen. . . . Wir erklären, daß wir vorbereitet sind, jeden revolutionären Kampf gegen die englische Regierung zu unterstützen. Ja, wir marschieren auf gegen die englische Bourgeoisie, wir greifen den englischen Imperialisten an die Kehle und trampeln ihn unter die Füße. Es ist der englische Kapitalismus, gegen den der tödliche Schlag geführt werden muß. Aber zugleich müssen wir den arbeitenden Massen den Haß, den Kampfwillen gegen alle Besitzenden ohne Unterschied beibringen. . . .“

Den Worten auf dem Bakukongreß folgten Taten. Die hartbedrängte armenische Republik tat nach einem verzweifelten Hilferuf an den Völkerbund das Klügste, was ihr übrig blieb: sie erklärte sich selbst zur Sowjetrepublik, in Bukhara wurde sie mit Hilfe einer jungbukharischen Partei gewaltsam eingeführt. In Persien sahen sich die Engländer genötigt, die bol-

¹⁾ v. Eckardt, im „W.-D.“ Nr. 4, 1922, Nr. 25, 1921 usw.

²⁾ Abgedruckt bei Stoddard, Islam S. 291/4.

schewistische Zone zu räumen. Ein russisch-persischer Freundschaftsvertrag wurde im Dezember vorigen Jahres abgeschlossen, der Rußlands Vorherrschaft in Persien sicherte. Mit Afghanistan erreichte England zwar nach vieler Mühe im November 1921 einen Vertrag. Aber er brachte nicht nur eine Bestätigung der vollen Unabhängigkeit des ganz unter russischen Einfluß stehenden Emirs, sondern sogar den Verzicht auf das Waffendurchführverbot durch Indien, die einzige „Strafe“ außer dem Wegfall der Subsidien, die der Emir im Jahre vorher für seinen kriegerischen Einfall erhalten hatte. Nach wie vor muß man den Emir als einen jederzeit zu neuem Angriff bereiten Feind der englischen Herrschaft in Indien und als ein im gegebenen Augenblick nutzbares Werkzeug Sowjetrußlands ansehen: im Norden (Pamir) und Westen (Afghanistan) hat der Bolschewismus die Grenzen Indiens erreicht.

Die inneren Verhältnisse Indiens waren unter dem Einfluß aller dieser Störungsfaktoren außerordentlich ernst. Gewerkschaften der Industriearbeiter wurden gegründet, eine Streikwelle, die auch die Eisenbahnangestellten ergriff, folgte der andern, eine Epidemie von Aufständen, politischen Verbrechen und hochverräterischen Umtrieben machte sich bemerkbar. Ganze Schlachten wurden in den Vereinigten Provinzen (Agra und Oudh) zwischen der Polizei und bewaffneten Banden geschlagen, die Bewohner entlegener Dorfschaften wurden von seiten der Räuberbanden entsetzlichen Martern unterworfen. Menschenopfer wurden den finsternen Gottheiten dargebracht, in Bengalen bildeten sich anarchistische Gesellschaften.³⁾

Der Ende 1918 in Delhi abgehaltene Nationalkongreß hatte die Montagu-Chelmsford-Reform als völlig ungenügend gebrandmarkt und völlige Autonomie der Provinzialverwaltung verlangt. Nur Gesetzgebung, Rechtsprechung und Politik sollte „noch auf sechs Jahre“ der bestehenden Verwaltung verbleiben. Tilak und einige seiner am meisten links stehenden Freunde wurden zu unabhängigen Gesandten Indiens für die Friedenskonferenz gewählt und die Bewillkommung des Fürsten von Wales, dessen Indienreise damals zuerst ins Auge gefaßt war, wurde abgelehnt. Alles dies hatte zwar eine Spaltung der Nationalisten in einen gemäßigten und einen extremen Flügel zur Folge, aber dieser wurde dadurch auch freier in seiner Handlung, und dann erwuchs eine neue Gefahrenquelle in der Erregung der mohammedanischen Inder wegen Englands feindseliger Stellungnahme gegen die Türkei und den Sultan.

Noch wenige Jahre vorher waren durch die Presse Nachrichten gegangen über den scharf religiösen Gegensatz zwischen Hindus und Mohammedanern. Und die britische Regierung sah es nicht ungern, wenn Fanatiker der einen Partei hinduistische Gottesbilder zertrümmerten und solche der andern Partei heilige Kühe schlachteten. Dieser Gegensatz war ein wesentlicher Sicherheitsfaktor der britischen Politik in Indien gewesen,⁴⁾ denn die mohammedanische Minderzahl galt als feste Stütze Englands, weil ein Aufhören der britischen Herrschaft sie dem Hinduismus auszuliefern schien. Die schon 1911 gegründete All-India Moslem League nahm, wie wir bald sehen werden, jetzt eine scharf feindliche Stellung gegen England ein, ja es gelang Gandhi, der nach dem Tode Tilaks an die Spitze der Hindunationalisten trat, das für ganz unmöglich Gehaltene, Mohammedaner und Hindus auszusöhnen und zu vereinigen zu gemeinsamem Kampf gegen die Herrschermacht.

Als schließlich die nationalistischen und anarchistischen Strömungen nicht nur die Schulen und Universitäten vergifteten, sondern sogar in das stehende Heer eindringen und die

Zuverlässigkeit desselben gefährdeten, glaubte die Regierung nicht länger zuwarten zu dürfen.

Eine Kommission unter dem Richter Sir Sidney Rowlatt wurde eingesetzt, um den Zustand festzustellen und Gegenmaßnahmen vorzuschlagen. Die „Rowlatt Act“ gegen „anarchistische und revolutionäre Verbrechen“ erweiterte die Machtvollkommenheit der Justiz- und Verwaltungsbehörden außerordentlich, insbesondere konnte auf bloßen Verdacht hin, ohne vorliegende Beweismittel, ein Verfahren eröffnet werden. Bei der Beratung im Imperial Legislative Council nahmen mit einer einzigen Ausnahme alle eingeborenen Mitglieder gegen die Bill Stellung, dennoch wurde sie Ende März 1919 Gesetz.

Das brachte die Stimmung in Indien auf den Siedepunkt. Der Tag der Verkündung der „Schwarzen Cobra-Akte“ wurde als „Tag der Erniedrigung“ überall mit Massenprotestversammlungen begangen. Drei Monate lang herrschte der Aufruhr: Beamte und selbst nichtbeamtete Engländer wurden ermordet, an vielen Stellen kam es zu Zerstörungen britischen Eigentums.

Die Regierung ging mit Maschinengewehren gegen die erregte Menge vor; am verhängnisvollsten war das Einschreiten des Generals Dyer in Amritsar am 13. 4. 19, wo 500 Tote und 1500 Verwundete das Opfer waren, obwohl es sich lediglich um eine verbotswidrige, aber friedliche Massenversammlung handelte. Das schlimmste war, daß ihm der verantwortliche politische Beamte, der Gouverneur der Pendschabprovinz, Sir Michael O'Dwyer, deckte.

Die Folgen waren bedeutsam. Denn jetzt trat immer mehr an des Brahminen Tilak Stelle — der Mitte 1920 starb — der Mann, dessen Name dauernd mit der indischen Revolution verbunden sein wird: Gandhi. Ein Hindu niederer Kaste aus Gudscherat, nördlich Bombay, hatte er in England studiert, war Rechtsanwalt und Politiker geworden und hatte als solcher Südafrika besucht. Mit seinem ethischen Vorbilde Tolstoj hat er die Staatsverleugnung und den Altruismus, die Liebe für den Mann des Volkes und den Drang zur Rückkehr nach der Primitivität des Lebens gemein. Untadelhaft, anspruchslos, von hinreißender Beredsamkeit ist er aus dem Holze geschnitten, aus dem Heilige und Märtyrer gemacht werden. Und die bisher weiseste Handlung der Regierung in der Revolution ist die, daß sie ihn nicht zum Märtyrer werden ließ.

Gandhi ließ die uralte indische Dharnalehre wieder aufleben, die überzeugt ist von der Überlegenheit der „Seelenkraft“ gegenüber den materiellen Mächten und organisierte gegen die Bedrückung den „passiven Widerstand“. Schon als der Erlass der Rowlatt-Akte bevorstand, am 1. 3. 19, erließ er eine Bekanntmachung: „Da vor unserm Gewissen die Rowlatt-Akte ungerecht ist und gegen die Grundsätze der Freiheit und Gerechtigkeit und gegen die Menschenrechte, auf die die Sicherheit Indiens beruht, verstößt, versichern wir feierlich, daß wir uns weigern, diesem Gesetz und anderen ähnlichen Gesetzen, die der Ausschluß besonders bezeichnen wird, zu gehorchen, und daß wir in diesem Kampfe aufrichtig der Wahrheit dienen, und uns von Gewalttaten gegen Leben, Person und Eigentum freihalten wollen“. Überall bildeten sich Ausschüsse zur Durchführung des passiven Widerstands, gegen den das Gesetz machtlos war, solange ungesetzliche Handlungen nicht daraus hervorgingen. Im Laufe des nächsten Jahres — 1920 — wuchs sich der „passive Widerstand“ aus zur „Nichtmitwirkungs- (Non-Cooperation-) Bewegung“. Das war die Idee eines gewaltigen Boykotts alles Britischen: die Wähler sollten ihr Wahlrecht nicht ausüben, die Parteien nicht vor Gericht Recht suchen, die Steuerpflichtigen nicht zahlen, die Arbeiter nicht arbeiten, die Krämer den Kauf und Verkauf englischer Waren ablehnen, Schüler und Studenten die Lehrräume meiden. So würden die Eng-

³⁾ Statement 1919, S. 57, 150 ff.

⁴⁾ Zache, Mit dem Kronprinzen durch Indien, S. 258.

länder in Indien zu Parias gemacht werden und der Zustand eintreten, den Meredith Townsend so überwältigend schildert: die Kapitulation des weißen vor dem braunen Mann in Indien. Ein weiteres Werkzeug Gandhis war der „Hartal“, d. h. der Schluß aller Geschäfte, Bureaus und Werkstätten als Zeichen allgemeiner Trauer, auch eine altindische Gewohnheit, hervorgegangen aus der natürlichen Tatsache, daß bei bevorstehenden Unruhen die Geschäftsleute die Läden schließen. Ein solcher Hartal wurde für die Tage der Verabschiedung und Verkündigung der Rowlatt-Akte befohlen und durchgeführt.

Zugleich trat die hindu-mohammedanische Gemeinbereitschaft in Erscheinung. Waren doch Dyers Opfer gleichzeitig Hindu und Moslems gewesen. Am 6. 4. fanden in Delhi, dem Sitz des Generalgouverneurs, öffentliche Verbrüderungsszenen statt, indem die Angehörigen beider Religionen Trinkwasser austauschten und unter gemeinsamen Bannern in Prozessionen umherzogen, ja ein Brahmine predigte von der Kanzel einer Moschee herab den vereinigten Gemeinden! Das war eine neue Unerhörtheit, die Aussöhnung einer tausendjährigen Feindschaft.

So verstärkt wuchs sich auch die türkenfreundliche Bewegung in Indien zu der großen panislamischen Kalifatsbewegung aus: nicht mehr allein eine Einwirkung auf die englische Regierung im Sinne eines baldigen günstigen Friedensschlusses mit der Türkei war das Ziel, sondern die Wiedereinsetzung des Sultans in das Kalifat, das England durch die Errichtung eines eigenen arabischen Königtums über die heiligen Stätten dem Sultan genommen hatte. Und auch hier wirkte das gemeinsame Ziel einigend auf jahrhundertealte Glaubensfeindschaft: Sunniten und Schiiten einigten sich zu vereinter Wirksamkeit.

So lagen die Dinge, als Ende Dezember 1919 ein feierliches Manifest des Königs und Kaisers Georg in der „Government of India Act“ die Montagu-Chelmsford Reform der indischen Selbstverwaltung verlieh und zugleich Amnestie für die politischen Verbrecher, die Gründung einer „Fürstenkammer“ und die Indienreise des Fürsten von Wales für den nächsten Winter ankündigte.

Die erhoffte Wirkung blieb vollkommen aus. Während der „Nationalliberale Bund“, in dem sich jetzt die Gemäßigten zusammenschlossen, auf seiner Tagung in Kalkutta die Hoffnung aussprach, daß die bewilligten Reformen ernstlich Erfolg haben möchten, und im übrigen sich begnügte, die im Pendschab geübte Methode zu verurteilen, eine großmütige Behandlung der Türkei zu erwarten und die Zurückziehung des Preßgesetzes und der Rowlatt-Akte zu verlangen, erklärte der bedeutensamerweise ausgerechnet in Amritsar abgehaltene Nationalkongreß die Reformen für enttäuschend und ungenügend und seine Neigung, ihre Durchführung zu sabotieren, und verlangte die Abberufung des Vizekönigs Lord Chelmsford.

Das Imperial Legislative Council in Delhi, das im Januar zusammentrat, begrüßte natürlich den kaiserlichen Erlaß aufs devoteste als „Beginn einer neuen Ära“ für Indien, aber die öffentliche Meinung Indiens, und von einer solchen kann nunmehr gesprochen werden, ging darüber hinweg.

Zunächst traten die Mohammedaner in Aktion. Eine Deputation wurde zu dem Ministerpräsidenten Lloyd George nach London entsandt, erhielt aber von ihm am 17. 3. eine ab-

schlägige Antwort. Er konnte sich nicht entschließen, die seit Jahren befolgte Islampolitik Englands den 70 Millionen Gläubigen in Indien zuliebe zu ändern. Es ist auch schwer einzusehen, wie die Tatsachen, die die britische Politik verwirklicht hatte, hätten rückgängig gemacht werden können. „Die Türkei kann nicht nach anderen Grundsätzen behandelt werden als die christlichen Länder,“ erklärte der Ministerpräsident, d. h. von dem Diktat des Siegers kann nicht abgewichen werden. Dies, die Bekanntgabe der endgültigen Friedensbedingungen für die Türkei, die Annahme des englischen Mandats über Mesopotamien und die Kunde von den britischen Schwierigkeiten in Irland und Ägypten steigerte die Erregung der Mohammedaner in Indien aufs höchste und brachte zwei gefährliche Volksmänner, die Gebrüder Ali und Shankat Ali, an die Spitze der Bewegung, die sich nun mit Gandhi aufs engste verbunden. Indes war dieser klug genug, ihre offen gepredigte Politik der gewaltsamen Mittel nicht anzunehmen, sondern sich auf seine Methode der Non-Cooperation zu beschränken. Die Folge zeigte, daß er richtig handelte.

Unterdes beschäftigten sich zwei Kommissionen mit der Untersuchung der Pendschabangelegenheit. Das von der Regierung unter dem Vorsteher von Lord Hunter eingesetzte Komitee, dem fünf Engländer und drei Inder angehörten, kam zu keiner Einigung und erstattete einen Bericht der (britischen) Majorität, der im großen und ganzen das Vorgehen der Behörden im Pendschab als berechtigt anerkannte, und einen Bericht der (indischen) Minorität, der leugnete, daß im Pendschab ein „Aufruhr“ stattgefunden habe, durch den das Vorgehen des Gouverneurs und des Generals Dyer gerechtfertigt gewesen wäre. Er erklärte ferner, daß die Gürgung auf der Hungersnot, der Grippeepidemie und auf der schärferen Besteuerung beruhte. Auch die Rowlatt-Akte sei eine Quelle der Unzufriedenheit. Tief blicken ließ es, daß die Minorität sich nicht mit der Frage beschäftigte, die die Mehrheit verneint hatte, ob die Rekrutenaushebungen und die Maßregeln zur Herbeiführung der Zeichnungen für die Kriegsanleihe schuld an den Unruhen waren. Jedesfalls war schon deshalb das Ergebnis der Untersuchungen für die Regierung ein schwerer Schlag, weil er das Auseinanderfallen des Komitees in zwei nach der Rasse getrennten Teilen aller Welt kund tat. Zu noch viel schärferer Stellungnahme gelangte der Untersuchungsausschuß, den der Nationalkongreß eingesetzt hatte. Er machte den Gouverneur des Pendschab voll verantwortlich für die „Atmosphäre, welche einen Konflikt zwischen Volk und Regierung unvermeidlich machte“ und brandmarkte Dyers Vorgehen in Amritsar als „einen vorsätzlichen Akt der Unmenschlichkeit, dessen Grausamkeit in der neueren britischen Verwaltungsgeschichte seinesgleichen nicht findet“. Unter diesen Umständen tat die indische Regierung das Klügste, indem sie die für die Vorgänge im Pendschab verantwortlichen Beamten fallen ließ, obwohl unklugerweise in der britischen und angloindischen Presse eine lebhaft Agitation zu ihren Gunsten einsetzte. Die britische Regierung bestätigte diese Maßnahmen und berief die beiden Hauptschuldigen ab. Sir Michael O'Dwyer wurde in der Folge ein scharfer Vertreter der „Politik der starken Faust“ in der englischen Presse.

(Schluß folgt.)

Hans Zache

Deutschland

Chronik der Volkswirtschaft

Staatwirtschaft und Gesetzgebung

Die Reichsfinanzen im Januar zeigen folgendes Bild (Beträge in Mill. M.):

	1. Dekade	2. Dekade	3. Dekade	seit 1. 4. 21	Etatsjahr 1920/21
Gesamteinnahmen ..	4 183,8	6 148,5	4 186,1	146 873,9	84 346
Zunahme d. schwebenden Schuld	2 327,6	4 188,0	2 241,0	um 89 249	b. 14 21: 166 329
Gesamtausgaben	4 183,8	6 147,9	4 186,1	auf 255 678 insges.	84 346
Überschüsse (+) u. Zuschüsse(—) d. Reichsbahnverw.:	— 129	+ 43 2	— 532 2	— 13 172,4	— 18 230
post.	— 70	— 682,7	+ 128 8		

Bis zum 1. 3. d. J. sollen 20 000 Eisenbahnarbeiter entlassen werden. Darunter befinden sich 5000 Werkstättenarbeiter — einschließlich der Lehrlinge, die dann ihre Lehrzeit beendet haben — und 8—9000 Bauarbeiter, die, wie man hofft, im Baugewerbe alsbald Beschäftigung finden werden. — Für das Haushaltsjahr 1922 sind weitere Entlassungen vorgesehen, die den Personalbestand um 12 % vermindern sollen. —

Der Reichstagsausschuß für Volkswirtschaft hat mit 12 gegen 11 Stimmen die Aufhebung der Demobilisierungsverordnung abgelehnt.

Im Hauptausschuß des Reichstages wurden bei der Beratung des Etats für das Reichsschatzministerium folgende Mitteilungen gemacht: Bei den Deutschen Werken kann auf Überschüsse zu Dividendenzahlungen für 1921 und 1922 nicht gerechnet werden, da die Erträge für Abschreibungen und Rückstellungen verwandt werden. Die Deutschen Werke A.-G. betreiben jetzt 13 frühere Waffen- und Munitionsfabriken. Die Umstellung auf Friedenswirtschaft ist planmäßig durchgeführt. Das Reich hat für die Umstellung nach einem Beschluß der Nationalversammlung 495 Mill. M. aufgewendet und dagegen Aktien im Nennbetrag von 100 Mill. M., Genußscheine im Betrag von 330 Mill. M. erhalten, während 65 Mill. M. als verlorener Zuschuß anzusehen sind.

Der Reichsrat beriet den 5. Nachtragsetat für 1921, der eine Mehrausgabe von 9,7 Milliarden bringt. Damit erhöht sich der gesamte Fehlbetrag für das Etatsjahr 1921 auf 172 Milliarden.

Die Mittel des 5. Nachtragsetats dienen im wesentlichen zur Zahlung der Überteurungszuschüsse an Beamte in Orten mit besonders schwieriger wirtschaftlicher Lage. Die Verteilung im einzelnen bleibt völlig Angelegenheit des Reichskabinetts. Gegen diese Blankovollmacht ergab sich in den Ausschüssen des Reichsrates lebhafter Widerspruch, im Plenum erfolgte die Annahme der Vorlage mit Rücksicht auf die Zusagen der Regierung bei den Verhandlungen über den Eisenbahnerstreik.

Ein Antrag Bayerns auf Erhöhung der Brotverbilligungszuschüsse, um den Brotpreis auf höchstens 3 M. je kg halten zu können, wurde abgelehnt.

Ausschußverhandlungen im Reichsrat brachten als Ergebnis, daß die Auflösung des Reichsschatzministeriums zum 1. 10. 22 oder 1. 3. 23 noch nicht vorgenommen wird.

Der Referentenentwurf des Liquidationsschädengesetzes liegt seit einiger Zeit vor. Nach ihm werden Schäden, die bei Liquidationen eingetreten sind, in voller Höhe zum Tageskurs der Gutschrift ersetzt — jedoch wird dabei eine Steuer auf die

auszuzahlenden Summen erhoben, die je nach Höhe des Betrages und dem Unterschied zwischen Friedenswert und Tageskurs gestaffelt ist und bis zu 72 % ansteigt. Der Umrechnungskurs darf nicht höher als vierzigfach sein, — wenn hingegen die zum Tageskurs umgerechnete Gutschrift nicht das Doppelte des Friedenswertes ergibt, so tritt eine Zusatzentschädigung ein.

Abfindungen durch Vertrag mit der Regierung sind auf der Grundlage möglich, daß jetzt das Zwei- bis Vierfache des Friedenswertes gewährt wird. — Die Bezahlung erfolgt bis zu 60 000 M. (bei Abfindungen: bis zur Höhe des nominalen Friedenswertes) in bar, darüber hinaus werden Reichsschatzanweisungen (zu 4 %) und Schuldverschreibungen (mit 3 % zu amortisieren) ausgegeben.

Ein Härteparagraph sieht für diejenigen, deren wirtschaftliche Existenz durch die Gesetzesbestimmungen gefährdet wird, Beihilfen aus einem Fonds vor, der mit nur 50 Mill. M. bedacht ist. — Für den Wiederaufbau sollen Sondermittel zur Gewährung von Prämien verfügbar gemacht werden.

Der Entwurf bedeutet die Abänderung schon bestehender Gesetze und eine wesentliche Schlechterstellung der Geschädigten, denen bisher gesetzlich zugesprochene Leistungen erheblich beschnitten werden. Als Begründung für die scharfe Besteuerung führt die Regierung an, daß die Gesamtsumme der Entschädigungen, einschließlich der Kosten für das Ausgleichsverfahren, 309,2 Milliarden M. betragen würde. — Nach den Aufstellungen der „Arbeitsgemeinschaft“, gebildet durch die Interessentenverbände der Geschädigten, sind die Beträge allerdings wesentlich niedriger, nämlich 6,039 Milliarden „Goldmark“, wozu noch 2,5 Milliarden „Papiermark“ als Forderung der verdrängten Ostdeutschen treten. Danach berechnet die „Arbeitsgemeinschaft“ eine Entschädigung von höchstens 60—70 Milliarden M., die tatsächlich durch das Reich zu leisten wäre, wobei es den Alliierten gegenüber durch Einbehaltung der Liquidationserlöse um ein Mehrfaches der Summe entlastet werden würde.

Die Interessenverbände haben ihre Zustimmung zu dem Regierungsentwurf von einigen Änderungen abhängig gemacht. Diese betreffen: die Gewährung eines gesetzlichen Anspruchs auf Wiederaufbauprämien an die im Ausland verbliebenen oder dahin zurückkehrenden Deutschen, die Gewährung von steuerlichen Nachlässen oder erhöhten Zuschlägen an die übrigen Betroffenen und endlich die Zahlung der Entschädigungen in leichter verwertbaren Zahlungsmitteln.

Industrie, Banken, Versicherungswesen

Der Streik in der Großberliner Metallindustrie konnte vermieden werden, da sich nur etwa 65 % der Arbeiter an der Urabstimmung beteiligten, wovon sich die Hälfte für den Streik aussprach, während satzungsgemäß eine Dreiviertelmehrheit für den Streikbeschluß notwendig ist. —

Allgemeine Deutsche Kreditanstalt, Leipzig, und Braunschweigische Bank und Kreditanstalt haben ein Abkommen über Abschluß einer Interessengemeinschaft getroffen, welche durch den Austausch von Aufsichtsratsmitgliedern, sowie den Austausch von je 20 Mill. M. Aktien bekräftigt werden soll. In Zusammenhang damit steht die geplante Kapitalerhöhung der Braunschweigischen Bank um 50 auf 100 Mill. M.

Das Aufsichtsamt für Privatversicherung hat — nach einer Meldung der „Kölnischen Zeitung“ — die Mindestkapitalhöhe für Feuerversicherungsgesellschaften auf 20 Mill. M. festgesetzt, bei einem Gründungsbestand von 10—20 %. Über die

Kapitalhöhe bei Lebensversicherungsgesellschaften ist eine Festsetzung nur insoweit erfolgt, als ein Kapital von 6 Mill. *M.* als ungenügend erklärt wurde.

Die Generalversammlung der Zuckerraffinerie Halle billigte den Verkauf der Aktien an die Vereinigung der mitteldeutschen Rohzuckerfabriken zu einem Übernahmepreis von 1012 % (erstes Gebot: 1000 %) gegen die Stimmen der unter Führung der Zuckerraffinerie Magdeburg stehenden Opposition. Letztere gab Protest zu Protokoll und wird Anfechtungsklage erheben.

Vom 1. 2. an hat auch die polnische Eisenbahnverwaltung die Haftung für Warentransporte übernommen.

In der Cavalir-Glashütte, Sazau i. Böhmen, von wo aus die Hartglasfabrikation ihren Ausgang genommen hat, ist jetzt die Herstellung eines neuen, praktisch nahezu unzerbrechlichen Hartglases gelungen, das Temperaturunterschiede bis zu 400° auszuhalten vermag. Zur Ausbeutung der Erfindung steht amerikanisches, schwedisches und tschechisches Kapital in großem Ausmaße zur Verfügung. Das neue Glas, von dem Erfinder „Silex“ genannt, wird besonders für größere Einrichtungen in chemischen Werken, in der Elektrotechnik und für Kücheneinrichtungen Verwendung finden. Der Preis beträgt etwa das Dreifache des Preises für gewöhnliches Glas.

Fusionen

Die Bayrische Telefonfabrik A.-G. beschloß in ihrer Generalversammlung die Erhöhung des Aktienkapitals von 5 auf 20 Mill. *M.*, wovon 9 Mill. zum Erwerb der Aktien der Ertel-Werke A.-G. dienen sollen, während der Rest von einem Bankkonsortium unter Führung der Commerz- und Privat-Bank zu 150 % übernommen wird und die daraus fließenden Mittel zur Verstärkung der Betriebsmittel Verwendung finden.

Der Gemeinschaftsvertrag zwischen der Norddeutschen Wollkämmerei und Kammgarnspinnerei Bremen und der Kammgarnspinnerei Kaiserslautern (vgl. „W.-D.“ Nr. 3) ist zum Abschluß gekommen.

Dresdener Brauerei Riesa A.-G. in Riesa und Leipziger Bergbrauerei Riebeck A.-G. in Leipzig-Reudnitz haben einen Fusionsvertrag geschlossen.

Die A.-G. Bayerische Spiegel- und Spiegelglasfabriken vorm. Bechmann vorm. Kupfer und Söhne in Fürth nimmt die Glasfabrik M. Offenbacher daselbst auf und erhöht ihr Kapital um 3,6 auf 18,5 Mill. *M.* Der Name des Unternehmens wird umgeändert in Bayerische Spiegelglasfabriken Bechmann-Kupfer A.-G., Fürth i. B. — Die Vereinigten Spiegelglasfabriken A.-G. in Fürth haben die Glasfabrik von Gebr. Bloch in Waldsassen angekauft und zu diesem Zweck das Kapital von 16 auf 19 Mill. *M.* erhöht.

Errin Topf

Schweiz

Lage — Schutzzoll — Arbeitsmarkt — Industrie — Lebenshaltung — Holding-Institute — Diskontsatz — Inflationsvorschlag — Währungspolitik — Ausweg

Im Laufe des verflossenen Jahres ist die wirtschaftliche Zerrüttung in der Schweiz in erschreckendem Maße fortgeschritten. Die nach dem Kriegsende eingetretene Absatzkrise hat durch den weiteren rapiden Rückgang der Valuten der an die Schweiz grenzenden Länder eine außerordentliche Verschärfung erlitten.

Unter dem Druck der Verhältnisse sah sich die Schweiz daher gezwungen, um die Mitte des vorigen Jahres durch Erlaß von Einfuhrverboten und Erhöhung der Zollsätze für eine große Reihe von Warenkategorien in eine Schutzzollpolitik einzutreten, deren Interimscharakter allein schon durch die wirtschaftliche Struktur des Landes als Exporteur hochqualifizierter Produkte geboten ist. Aber schließlich konnte man sich der Tatsache, daß 1 Paar wollene Handschuhe schweizerischen Fabrikats 3 fr und ein Duzend Paar deutscher Fertigung von gleicher Güte 5.80 fr kostete, auf die Dauer nicht länger entziehen.

Der im Zusammenhang damit stehende Einfuhrückgang und eine etwaige stärkere Veränderung der Zolleinkünfte bedarf noch der genauen statistischen Erfassung. Hier sollen lediglich einige Vergleichsziffern von Produkten der Hauptexportindustrien aus dem 3. Quartal der Jahre 1920 und 1921 die Stärke des Ausfuhrückganges beleuchten (Wert in 1000 fr):

	1920	1921		1920	1921
Uhrenindustrie	86 667	40 885	Schokoladen	25 311	13 250
Stickereien	102 427	28 961	Teerfarben	49 933	11 871
Seidenstoffe	95 992	43 317	Schuhwaren	12 052	5 150
Seidenbänder	36 475	14 356			

Ein Blick auf den Arbeitsmarkt ergänzt das untreuliche Bild, das das schweizerische Wirtschaftsleben gewährt. Die Zahl der männlichen Arbeitslosen betrug auf je 100 offene Stellen im Jahre 1920 durchschnittlich 125, im Jahre 1921 durchschnittlich 450. Das Verhältnis zwischen gänzlich und teilweise Arbeitslosen hat sich ständig nach der ungünstigen Seite

hin verschoben. Von je 100 Arbeitslosen waren am 1. 1. 21 27,2 gänzlich und 62,3 teilweise, am 1. 1. 22 aber 72,8 gänzlich und nur noch 37,3 teilweise beschäftigungslos. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen, einschließlich der teilweise Beschäftigten, ist im abgelaufenen Jahre von 65 259 auf 142 937 gestiegen. Zur Linderung der Arbeitslosigkeit hat der Bund 20 Mill. fr bewilligt und weitere beträchtliche Summen in Aussicht gestellt.

Eine Zuwendung sollen davon auch die mit starken Defiziten arbeitenden Bundesbahnen erhalten, nachdem der Bund der am meisten bedrohten Uhrenindustrie bereits eine Abschlagszahlung von 5 Mill. fr auf Grund einer großzügig eingeleiteten Unterstützungsaktion gewährte.

Wie sehr die Industrie im allgemeinen leidet, zeigen die Jahresabschlüsse vieler Schweizer Firmen. Daß die Passivsaldo der Hotelunternehmungen eine ständig wachsende Höhe in den letzten Jahren aufweisen, ist nicht weiter verwunderlich. Bemerkenswert ist jedoch, daß auch die Schweizer A.-G. für Hotelunternehmungen in Luzern dieses Jahr mit einem Passivsaldo in Höhe von 717 810 fr gegenüber einem vorjährigen von 606 982 abschließt, da Luzern doch noch immer einen recht regen Fremdenbesuch hatte. Sollte die vollzogene bzw. versuchte Rückkehr einiger Fürstlichkeiten auf ihren Thron, die mit ihrem Gefolge längere Zeit Luzern bevölkerten, den Jahresabschluß der Hotellerie ungünstig mitbeeinflusst haben? — Einen sehr erheblichen Rückgang weisen die Kursnotierungen von Aktienwerten bedeutender Firmen auf, von denen nur Brown-Boveri, Schuhfabrik Bally, Kondensmilchfabrik Nestlé und Maschinenfabrik Oerlikon genannt seien.

Daß im Hinblick auf die Geschäftslage der Gedanken von Lohnreduktionen sehr ernsthaft in Erwägung gezogen wird, erscheint verständlich, zumal wenn man bedenkt, daß die Kosten der Lebenshaltung eine sinkende Tendenz aufweisen, die im Verfolg des letzten Jahres besonders

deutlich zum Ausdruck gelangt. Einer Tabelle, die vom Index 100 für den 1. 6. 12 ausgeht, entnehmen wir:

		Nahrungs- mittel	Kleidung	Wohnung	Übrige Ausgaben	Gesamt- Lebenshaltg.
1914	1. 6.	94	100	98	100	97
1915	1. 6.	113	120	90	110	110
1916	1. 6.	133	140	95	120	125
1917	1. 6.	170	170	100	140	150
1918	1. 6.	219	200	115	160	185
	1. 9.	239	220	120	170	200
1919	1. 6.	249	240	135	180	212
1920	1. 1.	237	240	150	180	210
	1. 10.	254	240	155	190	220
1921	1. 1.	236	195	160	190	208
	1. 4.	224	195	160	185	200
	1. 7.	208	190	160	180	191
	1. 10.	194	190	160	180	184

Eine notwendige Reduktion der Arbeitslöhne will die Schuhfabrik Bally durch Verlängerung der Arbeitszeit wettmachen, um dem einsetzenden Saisonbedarf entsprechen zu können, nach dessen Befriedigung sie zu umfangreichen Arbeiterentlassungen wird schreiten müssen.

Im Zusammenhang mit der prekären Lage der Industrie wie auch einiger Banken steht unzweifelhaft die in letzter Zeit wachsende Errichtung von Holding-Instituten, deren Entwicklung aufmerksam verfolgt werden muß. Da nach außen stets nur der Name eines Schweizer Rechtsanwalts auftritt, ist es nicht ersichtlich, wo und in welchem Maße eine Plazierung ausländischer Kapitalien stattfindet. Jedenfalls ist der Boden einer „Überfremdung“ durchaus nicht ungünstig.

Zwar könnte die Tatsache, daß im Laufe des verflossenen Jahres eine Herabsetzung des Diskontsatzes um 1 % erfolgte, darauf hinweisen, daß Anlage suchendes inländisches Kapital in der Zunahme begriffen ist, doch würde wohl eine derartige oberflächliche Orientierung am Stande des Zinsfußes unter den gegebenen wirtschaftlichen Verhältnissen zu recht erheblichen Trugschlüssen führen. Es kann im Rahmen dieser Ausführungen nur angedeutet werden, daß eine Herabsetzung des Diskonts der im Hinblick auf die Gesamtwirtschaftslage verständlichen Absicht entsprungen sein mag, für die heimische Industrie eine bewußte Anreizpolitik zur Aufnahme von Krediten zu betreiben und nach außenhin Anlage suchendes fremdes Kapital durch den Tiefstand des Zinsfußes abzuschrecken, um damit eine Stabilisierung, wenn nicht gar eine Senkung des Schweizer Frankenkurses zu bewirken. Der niedrige Diskont, sonst ein Barometer für günstige Konjunkturentwicklung, würde so zum Notsignal, eine Deutung, die immerhin einer plausiblen Unterlage nicht ermangelt!

Wie stark die Tendenzen in der Schweiz sind, die sich in der Richtung einer gewaltsamen Senkung des Schweizer Frankenkurses bewegen, geht aus einem beim Bundesrat eingebrachten Bericht hervor, der durch bewußte inflationistische Maßnahmen eine Valutasenkung herbeiführen will. Man wird unwillkürlich an die amerikanische Inflationspropaganda um 1870 erinnert, zumal auch hier wie dort hinter der Bewegung wirtschaftliche Interessentengruppen stehen, zumal auch hier wie dort die theoretische Begründung einem Manne der Wissenschaft obliegt, wenn es auch kein Carey ist. Die Ablehnung des Vorschlages durch den Leiter des Finanzdepartements bedarf wohl keiner näheren Begründung; es genüge der Hinweis, daß eine überhaupt wirksame Inflation mit ihren preissteigernden Folgen für den inneren Markt sich in die allseits ersehnte und begrüßte Tendenz des Sinkens der Lebenshaltung, wie sie bereits gekennzeichnet wurde, nicht gerade harmonisch eingliedern würde, während die außenwirtschaftliche Folge aller Voraussicht nach eine Verteuerung des Importes sein würde, so daß eher mit einer exporthemmenden Wirkung zu rechnen ist als mit der erhofften. Die ablehnende Begründung des Finanzleiters geht allerdings weniger auf diese Zusammenhänge ein, als daß sie eine Notenemission für unvereinbar mit den Deckungsvorschriften der Nationalbank und mit dem Gesetz von 1905 über Beschränkung von Notenemissionen hält.

Währungspolitik sah sich die Schweiz, für die sich aus ihrer Mitgliedschaft in der Lateinischen Münzunion eine höchst unerfreuliche Situation ergab, gezwungen, ihren Münzumsatz im verflossenen Jahre zu nationalisieren. Es gelangten Silbermünzen fremder Länder der Union im Gesamtbetrage von 230 Mill. fr zur Einziehung. Am 9. 12. 21 tagte in Paris eine Münzkonferenz, auf der der Schweiz prinzipiell eine Rückzahlung der eingezogenen Beträge auf der Grundlage des alten Münzparis zugesichert wurde. Den Schuldner wurde zunächst ein fünfjähriger Zahlungsaufschub gewährt.

Beschreitet die Schweiz auch anderen Ländern gegenüber bewußt diesen Weg der Kreditgewährung, indem sie sich gleichzeitig Aufträge für ihre Industrie sichert, so ergreift sie Maßnahmen, die unter den gegebenen Verhältnissen für eine Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage allein wirksam erscheinen. Auf die Dauer findet natürlich auch hier eine einseitige Regelung ihre engen Grenzen; eine gründliche Änderung der wirtschaftlichen Notlage kann nur durch internationale Maßnahmen erfolgen, die sich vom Druck der politischen Atmosphäre befreit haben.

C. V.

Lettland

Charakteristik der wirtschaftlichen Lage — Die Agrarfrage — Der Transitverkehr nach Rußland — Lettlands Kapitalbedürfnis

Riga, den 1. Februar 1922.

Als am 18. November 1918 der lettländische Staat auf den Trümmern der deutschen Okkupationsgewalt aufgebaut wurde, haben seine Gründer in dieser Schöpfung nur die endgültige Erfüllung ihrer nationalen Träume, die Verwirklichung des theoretisch anerkannten Selbstbestimmungsrechtes der Völker gesehen. Unter dem Banne Wilsonscher Phrasen und aller jener Leitsätze, die dem Versailler Frieden das Gewand der Humanität verschaffen sollten, mußte das junge und mit starker Eigenliebe getränkte Bauernvolk leicht in die Täuschung verfallen, daß das internationale Wohlwollen, das ihm entgegengebracht wurde, nichts anderes bedeute als das ernste Bestreben, die theoretischen Versprechungen von der Be-

freiung der kleinen Völker zur Tat werden zu lassen. Unter solchen Umständen lag es nahe, auch die wirtschaftlichen Aufgaben des jungen Staates lediglich aus dem Interessenskreise und der Begabung des Volkes selbst abzuleiten. So entstand die Theorie von dem Agrarstaate Lettland, der sich selbst ernähren könne und der nach Möglichkeit auf alle weltwirtschaftlichen, namentlich aber auch industriellen Pläne verzichten könne. Diese Ideologie mußte durch die Tatsachen genährt werden, daß die gesamte blühende Weltindustrie Rigas aus der Vorkriegszeit von der russischen Kriegsführung vernichtet und evakuiert war und zu einer Wiederherstellung naturgemäß im Lande keinerlei Mittel vorhanden waren. Dazu kam, daß eine lettländische Industrie

nur lebensfähig werden konnte, wenn das russische Absatzgebiet wieder zur Verfügung stand. Diese Eventualität aber mußte schon an sich die Zuversicht auf eine Erhaltung des selbständigen Staates schmälern und der Gedanke, planmäßig für die Zukunft ein enges wirtschaftliches Verhältnis zum einstigen Herrschaftsstaate zu schaffen, erschien unmittelbar als bedrohlich.

Obleich die ohne jede positive Deckung auf den inneren Markt geworfene eigene Valuta in rapider Eile von dem Anfangskurse von 60 Rbl das englische Pfund auf 1000 und 2000 Rbl fiel, boten die ersten Jahre doch den Schein einer Möglichkeit, das wirtschaftliche Leben auf den primitiven Grundlagen eines ernsthaft nur seinen agraren Aufgaben lebenden Landes aufzubauen. Die vor den Toren Rußlands vielversprechende Lage der neuen Randstaaten reizte eine ganze Reihe mehr oder weniger kapitalkräftiger Unternehmer zur Niederlassung. Der durch die Bolschewistenzeit hervorgerufene vollständige Warenmangel brachte gewisse Absatzmöglichkeiten mit sich, die über die Aufnahmefähigkeit des Landes selbst hinwegtäuschten, während gleichzeitig die Liquidation der zerstörten Industrie, verbunden mit einer überhasteten Exploitation der vorhandenen Bestände an Holz und Flachs, auch dem Exporteur unerwartete Chancen zu bieten schienen.

Unterdes aber wuchsen die Ausgaben des Staates aus bescheidenen Anfängen zu immer größeren Summen an. Die aus dem russischen Zusammenleben gewonnene Neigung des lettischen Politikers zum Doktrinären rückte dem Staate sofort eine Reihe von angeblich unaufschiebbaren Aufgaben nahe, die der Bestimmung eines wahrhaft demokratischen Kulturstaates entnommen waren. Der nicht mehr als 1 600 000 Köpfe zählende Staat mußte sofort eine allen sozialen Anforderungen entsprechende Arbeitergesetzgebung schaffen, mit Achtstundentag, Krankenversicherung und sonstigen Kautelen, die von einer bereits bestehenden starken Industrie wohl getragen werden können, aber wenig verlockend für den erscheinen, der erst aus dem Nichts etwas schaffen will und dessen Verdienstmöglichkeiten erst von der weiteren Ausgestaltung der Dinge im Osten abhängen. Bereits im Jahre 1919 führte der lettische Volksrat den kostenlosen obligatorischen Schulunterricht ein, eine Staatsoper, ein Nationaltheater, eine staatliche Kunstakademie und ein Konservatorium wurden ins Leben gerufen, Millionen für Künstlerstipendien und andere kulturelle Ausgaben angewiesen.

Unterdes gestalteten sich aber die Verhältnisse der anfangs so freudig begrüßten ausländischen Unternehmungen immer schwieriger. Es ergab sich, daß ein großer Teil von ihnen auf der ungesunden Basis des Schiebergewinnes aufgebaut war und daß sie vor allem auch nur die ungesunden Elemente im Lande zur Mitarbeit heranzuziehen vermochten, während der alte solide Kaufmannsstand abseits blieb und immer weiter verarmte. Das Warenbedürfnis der Bevölkerung war bald gestillt, der russische Markt blieb weiter passiv. Die Versuche des Staates, die Exploitation der Naturreichtümer an Holz und Flachs selbst in die Hand zu nehmen, scheiterten teils an wirtschaftlicher Unfähigkeit, teils an einer immer zunehmenden Korruption, die ein Panama nach dem anderen ins Leben rief. Zu alledem gesellte sich dann die Agrarreform, die aus rein nationalen und politischen Erwägungen erdacht, auf Jahre hinaus die Ertragsfähigkeit der Landwirtschaft lähmte. Der Versuch, an die Stelle eines starken Großgrundbesitzes mit einem Male nicht weniger als 100 000 neuer Kleinwirtschaften zu schaffen, mußte umso katastrophaler wirken, als seit der Übernahme des Landwirtschaftsministeriums durch den chauvinistischen Rechtsanwalt Samuel im vergangenen Sommer auch in der Handhabung der

Verteilung nicht mehr die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Siedlers und aller Anwärter auf die aus dem Großgrundbesitz ausscheidenden Betriebe, sondern lediglich ihre „Gesinnung“ und ihre verwandtschaftlichen und sonstigen Beziehungen zu den neuen maßgebenden Personen in Betracht gezogen wurden. Es erwies sich, daß der Holzbestand keineswegs so stark war, als man angenommen hatte. Bei Anspannung aller Kräfte können nicht mehr als höchstens 1000 Siedler jährlich mit dem nötigen Holz für Wohn- und Wirtschaftsräume versorgt werden. Unterdes aber haust alles in den großen Gebäuden der Gutszentren, die zu erhalten sich niemand verpflichtet fühlt, und die schon nach wenigen Jahren verfallen sein dürften.

Unter solchen Verhältnissen ist die Aufgabe eines Finanzministers natürlich mehr als schwierig. Die Richtung, die „der neue Herr“ Ringold Kalning eingeschlagen hat, lief darauf hinaus, durch eine grundsätzlich fiskalische Politik und unerhörte Anziehung der Steuerschraube die Einnahmen hinaufzusetzen und durch eine gewisse Sparsamkeit die Ausgaben zu reduzieren. Während der letzte Plan — dank dem Widerstande der übrigen Ressorts — im wesentlichen mißlang, boten die Steuern immerhin eine erhebliche Mehreinnahme und brachten, verbunden mit einer zielbewußten Intervention, die Valuta um mehr als 50 % in die Höhe und stabilisierten den stets schwankenden lettischen Rubel auf längere Zeit. Die nächste Folge dieses Schrittes aber war die, daß die ausländischen Firmen, die selbst bei Verlustarbeit zu ungeheuren Gewinnsteuern herangezogen wurden, fluchtartig das Land verließen und wenn auch einerseits eine Säuberung unseres Wirtschaftslebens von ungesunden Elementen sich nicht verkennen läßt, so ist andererseits doch eine gewisse Initiative vernichtet worden, ohne daß eine andere an ihre Stelle trat. Der Transitverkehr nach Rußland, der gerade in dem letzten Jahre einen nicht unwesentlichen Aufschwung nahm, rückte immer entschiedener von Lettland nach Estland ab und während der Rubel ausländischen Valuten gegenüber künstlich gewann, verlor seine Kaufkraft im Innern immer mehr, so daß heute Lettland als eines der teuersten Länder bezeichnet werden muß.

So stellt uns die Entwicklung des Wirtschaftslebens vor einen neuen Scheideweg. Auch der überzeugteste Agrarier kann sich der Erkenntnis nicht mehr verschließen, daß wir allein von der Landwirtschaft nicht zu leben vermögen, daß auch die lebhaftesten Sympathien ausländischer Mächte versagen müssen, wenn wir den Aufgaben nicht gerecht werden, die die Weltwirtschaft uns stellt. Diese Aufgaben bestehen in einer Entwicklung des Transitverkehrs nach Rußland und von Rußland und im Aufbau einer — wenn auch bescheidenen Industrie, die sich auf eine Verarbeitung jener Rohstoffe einzustellen hat, die in einem Transitlande naturgemäß hängen bleiben. Die Ziele der Agrarreform müssen enger gesteckt werden und sich auf die lebensfähigen Wirtschaften beschränken, während in irgendeiner Form der Großbetrieb wieder möglich gemacht werden muß. Erst dadurch kann die Lebenshaltung so weit verbilligt werden, daß von einem Preisabbau die Rede sein kann, der eine Industrie arbeitsfähig machen würde. Das Kapital, das sich im Augenblick nach Lettland begibt, kann seine Berechnungen nicht von heute auf morgen einstellen, sondern muß mit einer weiteren Zukunft rechnen. Aber erst wenn dieses ausländische Kapital sich zu solchen weiterausschauenden Investitionen entschließt, kann eine wirtschaftliche Situation geschaffen werden, die wirkliche Möglichkeiten für eine Erschließung des russischen Marktes bietet. Uns fehlen hier Männer, nicht nur von Kapitalkraft, sondern auch von starken wirtschaftlichen Fähigkeiten. Ihrer Arbeit

erst wird es gelingen, auch den wirtschaftlichen Kurs des Landes auf andere Bahnen zu leiten. Es ist wohl möglich, daß bei der gegenwärtigen Konstellation im Parlament eine wirkliche Sanierung der Verhältnisse nicht aussichtsreich erscheint, aber die Neuwahlen stehen bevor und die Ernüchterung des anfangs nationalistisch überreizten Volkes nimmt von Tag zu Tag zu. Es läßt sich damit rechnen, daß wir eine neue Mehrheit er-

halten, welche erkennt, daß die wirtschaftlichen Aufgaben die eigentlichen Lebensaufgaben des Staates sind und daß von allen aus dem Gefühl heraus geborenen Experimenten abgesehen werden muß. Unter einer solchen Regierung hätte ein zielbewußtes Kapital kaum irgendwo so gute Aussichten, wie gerade in Lettland.

Dr. jur. Paul Schiemann

Rußland

Die innerpolitische Lage — Die Machtlosigkeit der nicht-kommunistischen Parteien — Politische Konsequenzen des neuen Wirtschaftskurses

In letzter Zeit wird von verschiedenen Seiten aus versucht, unsere Handelsbeziehungen zu Rußland zu diskreditieren, sie bald als „Verrat“ am russischen Volke, bald als gefährliche Illusion darzustellen, da 1. das „Volk“ — d. h. in diesem Falle Teile der bürgerlichen Gesellschaft — in jedem Ausländer, der mit der Sowjetregierung in Geschäftsbeziehungen eintritt, einen Freund der Unterdrücker und Despoten sehe und 2. da die Sowjetregierung ja doch in absehbarer Zeit gestürzt sein würde. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, dieser Propaganda entgegenzutreten, wohl aber soll an der Hand von Tatsachen darauf hingewiesen werden, daß ein weiterer praktischer Ausbau unserer rein wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland nicht nur möglich, sondern auch wünschenswert ist. Deshalb sei hier mit wenigen Worten auf die Hauptargumente derjenigen Propheten eingegangen, die den Sturz der Sowjetregierung wieder einmal voraussehen wollen.

Der bekannte Führer der sozialrevolutionären Partei und ehemalige Präsident der Allrussischen Nationalversammlung Viktor Tschernow hat kürzlich versucht, die mutmaßliche Weiterentwicklung der russischen Revolution zu skizzieren. Wie auch an dieser Stelle am 16. 12. v. J., so verglich Tschernow die gegenwärtige Epoche des Sowjetismus mit der Thermidorzeit der großen französischen Revolution: der Übergang von der Schreckenszeit zur gemäßigten Evolution hat begonnen, — um sich vor gewaltsamem Sturze zu sichern; lenkten die russischen Terroristen selbst ein. Tschernow erwog drei Möglichkeiten: 1. Vom bolschewistischen Thermidor über das Direktorium der gegenwärtigen oligarchischen zum Bonapartismus. Ganz Rußland sei, wie damals Frankreich, der Revolution müde; die regierenden Kreise seien zu einer eigenartigen Kaste sich versorgender Revolutionäre geworden und nur die Armee sei noch immer, inmitten der allgemeinen Desorganisation, eine gefestigte faktische Macht. Die russischen „Bonapartisten“ suchen gegenwärtig in der Armee unterzukommen und sie für ihre Zwecke vorzubereiten. Da diese Armee jedoch nicht als allgemein anerkannter nationaler Faktor gelten könne und weder Ruhm noch Siege errungen habe, noch weniger jedoch daran denken könne nach Europa erobernd vorzustoßen, so hält Tschernow den Übergang zu einem „Bonapartismus“ für ausgeschlossen. 2. Eine friedliche Evolution des Bolschewismus bis zur Wiederherstellung demokratischer Staatsformen. Tschernow glaubt auch diese Möglichkeit für ausgeschlossen halten zu können, da seiner Meinung nach die Bolschewisten sich niemals zu politisch bedeutsamen Konzessionen entschließen würden. Alle Hoffnung hierauf sei, trotz Wiederherstellung kapitalistischer Wirtschaftsformen usw. entweder ein Selbstbetrug oder eine reine Illusion. 3. Sturz des Bolschewismus und Ersetzung desselben durch ein demokratisches Regime. Tschernow hält diese Möglichkeit für die wahrscheinlichste und sucht darzulegen, der Sturz der Sowjet-

regierung würde keineswegs eine neue Anarchie hervorrufen. Sein Hauptargument ist hierbei die Behauptung, die Rote Armee sei im Grunde eine „graue bäuerliche Masse“ und würde auch jeder anderen Macht gehorchen. Ebenso sei der administrative Apparat von der antikommunistischen Intelligenz, Menschewisten, Sozialrevolutionären, Genossenschaftlern und Spezialisten, d. h. Technikern, durchsetzt, die bei einem Wechsel der Macht nicht mehr den Bolschewisten folgen würden, sondern sich selbst für eine Liquidierung des Bolschewismus einsetzen würden. Wann der Sturz des Bolschewismus einsetzen würde, könne nicht vorausgesagt werden. Dreiviertel seines Weges hätte der Bolschewismus bereits hinter sich: die Agonie desselben habe nun begonnen.

Man wird sich diesen Auffassungen Tschernows nicht anschließen können. Von „Agonie“ könnte man nur reden, wenn der Sowjetismus restlos mit seinem wirtschaftlichen Programm verbunden gewesen wäre und daher nun, nach der Preisgabe aller sozialer Experimente wesen- und machtlos geworden wäre. Dem ist jedoch nicht so: die Macht dieser Regierung steht faktisch unerschüttert da, — und da im ganzen Lande auch nicht einmal ein Ansatz der Entstehung neuer Machtfaktoren zu erblicken ist, so fallen alle Deduktionen Tschernows völlig in sich zusammen. Was geschehen könnte, wenn eine neue Macht entstünde, voraussehen zu wollen ist zwecklos, solange sich keine Initiative und kein politischer Wille außerhalb der kommunistischen Partei finden läßt.

Eine andere, sehr bedeutsame Frage ist es hingegen, ob die revolutionäre Epoche der Diktatur und des Terrors abgeschlossen sei, und eine der Evolution zur Demokratie begonnen habe, oder mit anderen Worten, ob es möglich sein wird die neue kapitalistische Wirtschaftspolitik durchzuführen, ohne auch mit politischen Reformen zu beginnen, — ohne den Sowjetstaat also zu demokratisieren. Diese Frage zu untersuchen ist von größter praktischer Bedeutung. Denn, soll überhaupt an einen, von Ausländern geleiteten oder weitgehend getragenen Wiederaufbau der russischen Wirtschaft gedacht werden, dann werden eo ipso Konzessionen auf politischem Gebiete gemacht werden müssen, da die gegenwärtigen politischen und rechtlichen Verhältnisse eine Wirksamkeit europäischer Unternehmungen in Sowjetstaaten nicht zulassen. Sinowjew hat nun allerdings erklärt, eine Verständigung der russischen kommunistischen Partei mit den russischen Sozialdemokraten sei angesichts ihrer Schwäche überflüssig, man würde sie also weiter bekämpfen. Mit den ausländischen Sozialdemokraten wären Vereinbarungen allerdings möglich, doch würde auch dort auf die Spaltung hingearbeitet werden, wenn es wieder dafür Zeit sei. Sinowjew steht jedoch heute am weitesten links; in praxi suchen die einzelnen Kommissariate auch mit den Nichtkommunisten zusammenzuarbeiten. Besonders mit den Par-

teillosen ist man bemüht, sich zu verständigen. Im Allrussischen Zentralexekutivkomitee hat sich eine aus 30 Mitgliedern bestehende Fraktion der parteilosen Bauern gebildet, die beabsichtigen, auch die Parteilosen in den lokalen Sowjets zusammenzufassen. Ihr Programm besteht in verschiedenen Forderungen, die eine Stabilisierung der landwirtschaftlichen Verhältnisse, die Schaffung selbständiger Bauernausschüsse bei den Agrarabteilungen (der Kommissariate) und die Einführung von Agrar-Gerichtshöfen bezwecken. Da unter den gegenwärtigen Verhältnissen derartige Fraktionen nur unter Genehmigung der Regierung entstehen können, so wird man dieses Symptom eines Versuches der Verständigung mit den Bauern beachten müssen.

Auch gegenüber den Gewerkschaften hat die kommunistische Partei ihre Einstellung verändert. Es sind neue Richtlinien ausgearbeitet worden, von denen es heißt, daß sie unter Beteiligung Lenins verfaßt worden seien. Es wird darin ausgeführt, daß das Aufkommen von Privatunternehmungen und die Umstellung der staatlichen Betriebe auf kaufmännische Grundlagen eine Belebung der Gewerkschaften erfordere und ihnen die Aufgabe stelle, den Klassenkampf gegen das Privatkapital und den Kampf mit dem Bureaukratismus der staatlichen Wirtschaftsorgane zu führen. Streiks könnten jedoch nicht zugelassen werden; die Gewerkschaften müßten sich daher bemühen, jeweils zu vermitteln; besonders die Streiks in den staatlichen Industrien, die ein Zeichen der Rückständigkeit der Arbeiter oder gegenrevolutionärer Verhetzung seien, müßten schleunigst beigelegt werden. Der Beitritt der Arbeiter zu den Gewerkschaften dürfe fortan nur freiwillig erfolgen, — da der Zwang zum Beitritt diese zu bürokratischen Staatsorganen, zu einer „Obrigkeit“ umgewandelt hätte. In politischer wie religiöser Hinsicht müßten die Gewerkschaften fortan neutral sein; sie dürften keinesfalls eine bestimmte politische Einstellung von den Mitgliedern verlangen. Alle Eingriffe der Gewerkschaften in die Verwaltung müßten aufhören; die Lohn- und Tariffragen dürfen lediglich durch Verhandlungen der Parteien und nicht mehr durch einseitige Verfügungen geregelt werden. Da die Gewerkschaften bisher ein Instrument der kommunistischen Partei waren, so bedeuten diese neuen „Richtlinien“ tatsächlich eine weitgehende Konzession in der Arbeiterfrage. Der Gewerkschaftsrat hat sich infolgedessen auch den Unter-

nehmern gegenüber umgestellt und in seinem Organ „Trud“ erklärt, man dürfe die „Koalitionsfreiheit“ der neuen Kapitalisten nicht einschränken, wenn die Proletarier eine solche für sich in Anspruch nehmen wollen. Daraufhin ist die „erste russ. Vereinigung für Handel und Industrie“ in Moskau registriert worden; es ist dies ein Verband von Großpächtern und Industriellen. Auch die Politik der Sowjetregierung den genossenschaftlichen Verbänden gegenüber ist revidiert worden. Die Verbände des Zentrosojus, Sakupsbyt usw. sollen fortan selbständiger werden, ihre Vorstände selbst wählen können und in ihren Beziehungen zum Auslande größere Bewegungsfreiheit genießen. Den Genossenschaften sind Kredit- und Bankinstitute genehmigt worden, die besonders auf die Bedürfnisse der Bauern berechnet sein sollen; die Monopolstellung der Staatsbank hat also nicht lange gewährt. Für die Genossenschaftsbank in Moskau ist ein Grundkapital von 1 300 000 Goldrubel vorgesehen worden, von denen 300 000 Goldrubel von der Staatsbank stammen. Die „Narodni Bank“ wäre demnach also wieder hergestellt. Da der Wechsel seine gesetzliche Gültigkeit in Sowjetrußland wiedererlangt hat, so können diese Institute nun alle bankmäßigen Operationen vornehmen. Charakteristisch ist hierbei, daß das alte russische Wechselgesetz vom Jahre 1902 als geltend betrachtet wird, da es mit den Bestimmungen der Wechselgesetze anderer Länder in den Grundzügen übereinstimmt. Man hat deshalb darauf verzichtet, ein eigenes sowjetistisches Wechselgesetz einzuführen und beabsichtigt auch sonst die Gesetzgebung der neuen Wirtschaftspolitik anzupassen. Der Kommissar für das Justizwesen erklärte auf dem Allrussischen Justizkongreß: „Unsere internationalen Beziehungen erfordern die Lösung einer Reihe rein praktischer Fragen auf dem Gebiete des Handelsverkehrs und der Kreditoperationen, wo Garantien für das Eigentum der Ausländer festgesetzt werden müssen. Die neue Wirtschaftspolitik erfordert die Schaffung eines Zivilrechtes auf fester Grundlage. Die Beziehungen zu der Privatindustrie und dem Privathandel müssen geregelt werden, wie auch die Formen der Landnutzung. Die Gesetze über den Arbeiterschutz müssen nicht nur die Interessen der Arbeiter, sondern auch die der staatlichen Betriebe wahren.“ („Ost-Expreß“ Nr. 427.) Demnach ist man also tatsächlich dabei, auch die politischen Konsequenzen des neuen Wirtschaftskurses zu ziehen.

Dr. Hans von Eckardt

Vereinigte Staaten

Die Frage der staatlichen Subventionierung der Schifffahrt

New York, 25. Januar 1922.

Unter den Vorlagen, welche den Kongreß und den Senat der Vereinigten Staaten in der nächsten Zeit beschäftigen werden, ist diejenige über die Gewährung einer staatlichen Unterstützung für die schwer darniederliegende Schifffahrt von großer Bedeutung. Aus wirtschaftlichen, wie aus militärischen Gründen erscheint der Regierung und den Experten die Aufrechterhaltung einer starken und konkurrenzfähigen Handelsflotte wünschenswert; aus wirtschaftlichen und aus Gründen der Sparsamkeit lehnen viele Mitglieder des Repräsentantenhauses und des Senats eine Politik direkter Subsidien ab und angesichts der ungünstigen Wirtschaftslage und der hohen Steuerlasten dürfte sich die Opposition gegen ein Subsidiengesetz sehr lebhaft gestalten.

Die Gründe für die Notlage der amerikanischen Schifffahrt sind zunächst die gleichen wie die, welche für die Bedrängnis dieses Geschäftszweigs in allen anderen Ländern verantwortlich sind: Überangebot von Tonnage auf der einen Seite, Ver-

minderung der verfügbaren Frachten auf der anderen. Dazu kommt aber der Umstand, daß die übermäßige Ausdehnung des Schiffsraums unter amerikanischer Flagge, gestützt auf Kriegsnotwendigkeiten und Kriegsraten, mit ungeheurer Plöchlichkeit vor sich gegangen ist.

Die Dampfertonnage der Vereinigten Staaten stieg von rund 2 027 000 t im Jahre 1914 auf 12 406 000 t im Jahre 1920 und auf 13 583 000 t im Jahre 1921, während gleichzeitig die gesamte Welttonnage nur eine Steigerung von 43 144 000 t im Jahre 1914 auf 56 683 000 t im Jahre 1921 erfuhr. Nach Beendigung des Krieges befanden sich daher die Vereinigten Staaten in bezug auf die Größe ihrer Handelsflotte zwar an zweiter Stelle unter den seefahrenden Nationen, hatten aber für diese Stellung teuer zu bezahlen. Sie hatten, und zwar größtenteils aus öffentlichen Mitteln, mit einem Aufwand von ca. 4 Milliarden \$ eine Handelsflotte aufgebaut, für welche plötzlich weder inländische Frachten noch ausländische Kargos in nur annähernd genügendem Umfang zu haben waren. Die

Konkurrenz des Auslands, begünstigt durch ältere Erfahrung und Verbindungen, sowie durch den Umstand, daß ihre Betriebskosten infolge niedriger Löhne und billigerer Reparaturmöglichkeiten wesentlich geringere sind als die der Schiffe amerikanischen Registers, gewann stetig ihre alte Stellung zurück und verdrängte einen stets wachsenden Prozentsatz der amerikanischen Tonnage aus dem Verkehr.

Der „United States Shipping Board“, der während und nach dem Kriege die Schifffahrtsangelegenheiten des Landes regelte, wies ein dauernd steigendes Defizit in seinen Büchern auf. Private Schifffahrtsgesellschaften, die vielfach Schiffsraum zu allzu hohen Preisen erworben hatten, teilten sein Schicksal. Betriebseinschränkungen auf der ganzen Linie waren die nächsten Folgen, Betriebseinstellungen die weiteren und der Schrei nach Staatshilfe machte sich immer lauter vernehmbar.

In der „Merchant Marine Akte“ vom 5. 6. 20 versuchte die zu jener Zeit noch im Amt befindliche demokratische Regierung unter Wilson den Übelständen abzuweichen und eine zielbewußte Marinepolitik ins Leben zu rufen. Man dachte durch Steuererleichterung, niedrige Durchgangsraten, Postsubsidien, langfristige Kredite und Vorzugstarife in Abgaben und Zöllen helfen zu können; die Erfahrungen des letzten Jahres aber haben diese Hilfe als vollständig unzureichend erwiesen. Ökonomische Tatsachen lassen sich durch staatliche Verordnungen nicht aus der Welt schaffen. Der Rückgang der Raten hielt an, die Preise für Schiffe fielen weiter und weiter und die Schifffahrtsgesellschaften waren froh, wenn sie Frachten zum Selbstkostenpreis bekommen konnten. Sie sahen sich gezwungen, weiterhin

Schiffe aufzulegen, für deren Instandhaltung monatlich große Summen ausgegeben werden mußten, und sahen trotz sparsamsten Wirtschaftens und trotz der obengenannten Maßnahmen keine Hoffnung für eine Ausgleichung ihrer Bilanzen. Sachverständige sahen ein, daß nur direkte Staatssubsidien nachhaltige Abhilfe gewähren konnten. In einem Gutachten für die Regierung, veröffentlicht in der „New York Times“ vom 26. 12. 21, schlugen sie eine direkte Subsidierung in Höhe von 34 Mill. \$, sowie die Aufstellung eines Anleihfonds von 100 Mill. \$ vor. Präsident Harding betonte in seiner ersten Rede in der gegenwärtigen Session des Kongresses, daß unmittelbare und tatkräftige Unterstützung für die Handelsschifffahrt des Landes eine der vornehmsten Aufgaben der Sitzungsperiode sein werde, und es ist anzunehmen, daß die kommenden Vorschläge in Verbindung mit den in der „Merchant Marine Akte“ von 1920 erwähnten indirekten Maßnahmen die Gewährung direkter Subsidien fordern werden.

Dieser Weg der Unterstützung hat in den letzten Jahrzehnten in den Vereinigten Staaten im Gegensatz zu europäischen Ländern wenig Freunde gehabt. Auch im Hinblick auf die kommende Vorlage lassen sich schon jetzt Widerstände und Kämpfe voraussagen, da sich die Mitglieder des zurzeit sehr einflussreichen Farmerblocks gegen eine Subsidienpolitik ausgesprochen haben. Erwägungen hinsichtlich der Sicherheit des Landes und solche handelspolitischer Natur sprechen für direkte Hilfe, aber die Vorgänge der letzten Jahre haben deutlich genug gezeigt, daß Gesetze nicht immer lediglich unter Berücksichtigung der ökonomischen Notwendigkeiten gemacht werden.

J. W. Hambuechen

Geld und Kapital

Intervalutarische Kurse Hamburg

	Parität	8. 2.	9. 2.	10. 2.	11. 2.	13. 2.	14. 2.
	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.
Wien.....100 K neu.	85,-	6 — 7	6 ¹ / ₄ — 7 ¹ / ₄	6 ³ / ₈ — 7 ³ / ₈	6 ¹ / ₄ — 7 ¹ / ₄	6 ¹ / ₂ — 7 ¹ / ₂	6 — 7
Budapest...100 K.....	85,-	30 — 31	30 — 31	30 — 31	30 — 31	30 ¹ / ₄ — 31 ¹ / ₄	30 ¹ / ₂ — 31 ¹ / ₂
Prag.....100 K.....	85,-	373 — 382	358 — 372	368 — 377	374 — 387	380 — 389 ¹ / ₂	374 — 382
Amsterdam...100 fl.....	168,75	7470 — 7480	7145 — 7230	7295 — 7405	7445 — 7505	7545 — 7605	7432 ¹ / ₂ — 7530
Kopenhagen...100 Kr.....	112,50	4025 — 4060	3940 — 3980	4015 — 4080	4070 — 4095	4145 — 4175	4070 — 4125
Stockholm...100 Kr.....	112,50	5165 — 5195	5015 — 5045	5145 — 5180	5165 — 5195	5240 — 5275	5175 — 5225
Kristiania...100 Kr.....	112,50	3225 — 3270	3175 — 3230	3265 — 3295	3270 — 3300	3310 — 3355	3280 — 3320
Helsingfors...100 F.M.....	81,-	392 — 399	378 — 387	385 — 392	397 — 404	401 — 407	394 — 402
Zürich.....100 fr.....	81,-	3880 — 3910	3735 — 3765	3830 — 3870	3863 — 3895	3945 — 3985	3905 — 3935
Madrid.....100 Pesetas	81,-	3070 — 3105	2995 — 3050	3095 — 3130	3095 — 3140	3155 — 3205	3070 — 3135
Rom.....100 Lire.....	81,-	945 — 960	942 ¹ / ₂ — 952 ¹ / ₂	947 ¹ / ₂ — 967 ¹ / ₂	967 ¹ / ₂ — 980	967 ¹ / ₂ — 987 ¹ / ₂	945 — 965
Brüssel.....100 fr.....	81,-	1607 ¹ / ₂ — 1622 ¹ / ₂	1572 ¹ / ₂ — 1612 ¹ / ₂	1612 ¹ / ₂ — 1632 ¹ / ₂	1625 — 1640	1647 ¹ / ₂ — 1670	1627 ¹ / ₂ — 1647 ¹ / ₂
Paris.....100 fr.....	81,-	1680 — 1702 ¹ / ₂	1647 ¹ / ₂ — 1677 ¹ / ₂	1682 ¹ / ₂ — 1747 ¹ / ₂	1697 ¹ / ₂ — 1712 ¹ / ₂	1722 ¹ / ₂ — 1747 ¹ / ₂	1707 ¹ / ₂ — 1732 ¹ / ₂
London.....1 £.....	20,43	864 — 870	838 — 845	853 — 865	864 — 870 ¹ / ₂	881 — 887	864 — 876
New York...1 \$.....	4,20	198 ¹ / ₂ — 199 ³ / ₄	191 ¹ / ₂ — 192 ³ / ₄	195 ¹ / ₂ — 198 ¹ / ₂	199 ¹ / ₄ — 200 ⁷ / ₈	202 ³ / ₄ — 204 ¹ / ₄	199 ¹ / ₂ — 201 ³ / ₄
Buenos Aires 1 Peso P.	0,85	70 — 72	68 — 71	70 — 72	71 — 73	73 — 75	72 — 74
Rio de Janeiro...1 Milreis	1,36	.	.	.	25 — 27 ¹ / ₂	25 — 27 ¹ / ₂	25 — 27 ¹ / ₂

	Parität	Berlin	Wien	Amsterd.	Kopenh.	Stockh.	Zürich	Paris	London	New York
	M.	14. 2.	13. 2.	14. 2.	14. 2.	14. 2.	14. 2.	14. 2.	13. 2.	14. 2.
Berlin.....100 M.....	100,-	—	3 197,-	1,34	2,46	1,92	2,52 ¹ / ₂	5,84	875 ¹ / ₂ ²⁾	0,50 ¹ / ₂
Wien.....100 K neu	85,-	6,35	.	0,09	.	.	0,17 ¹ / ₂	.	13000,- ²⁾	.
Budapest...100 K.....	85,-	31,10	.	.	.	.	0,80	.	2800,- ²⁾	.
Prag.....100 K.....	85,-	377,50	12 172,-	.	9,35	7,40	9,67 ¹ / ₂	.	2304 ²⁾	1,88 ²⁾
Agram.....100 Dinare	81,-	.	8 150,-	.	.	.	1,60	.	21,16 ¹ / ₂	.
Amsterdam...100 fl.....	168,75	7450,-	239 950,-	.	182,10	144,-	190,75	443,-	11,67 ³ / ₄	37,32
Kopenhagen...100 Kr.....	112,50	4092 ¹ / ₂	131 975,-	55,-	.	79,-	104,75	.	21,25	20,35 ²⁾
Stockholm...100 Kr.....	112,50	5185,-	.	69,70	125,10	.	132,50	.	16,75	25,80 ²⁾
Kristiania...100 Kr.....	112,50	3280,-	.	44,50	81,15	63,75	84,-	.	16,76 ¹ / ₂ ²⁾	10,25 ²⁾
Helsingfors...100 F.M.....	81,-	396,-	.	.	9,85	7,75	.	.	217 ²⁾	.
Zürich.....100 fr.....	81,-	3900,-	124 775,-	52,35	95,15	75,60	.	226,25	22,23	.
Madrid.....100 Pesetas	81,-	3120,-	.	41,85	.	.	79,75	182,-	22,23 ²⁾	.
Rom.....100 Lire.....	81,-	953,-	34 590,- ¹⁾	12,73 ¹ / ₂	.	.	24,15	55,62	89,68 ³ / ₄ ²⁾	4,86 ²⁾
Brüssel.....100 fr.....	81,-	1635,-	.	22,07 ¹ / ₂	40,-	31,60	41,75	95,50	53,32 ¹ / ₂ ²⁾	.
Paris.....100 fr.....	81,-	1725,-	54 580,-	23,15	41,85	32,90	43,87	.	50,95	8,65
London.....1 £.....	20,43	868,-	3 140,- ¹⁾	11,65 ¹ / ₄	21,24	16,71	22,22	50,43	.	4,36 ¹ / ₂
New York Kab. 1 \$.....	4,20	199,50	6 998,- ¹⁾	2,67 ¹ / ₂	4,87	3,84	5,12	11,57	4,33	.
Buenos Aires 1 Peso P.	0,85	73,-	.	.	.	.	187 ¹ / ₂	.	45 ¹ / ₄ ²⁾	.

*) Die Notierungen in London werden angegeben in ausländischen Einheiten für 1 £. 1) Kurse vom 10. 2. 2) Kurse vom 11. 2.

Wertstand in Hundertteilen des Friedensstandes:

	Amsterd.	Kopenh.	Stockh.	Zürich	New York
	14. 2.	14. 2.	14. 2.	14. 2.	14. 2.
Reichsmark	2,26	2,77	2,16	2,05	2,12
Dt. österr. Krone ..	0,18			0,17	
Französ. Frank....	48,23	58,12	45,69	43,87	44,84
Pfund Sterling....	96,22	116,96	92,01	88,10	89,56
Dollar	107,43	130,56	102,95	98,78	

Entwertungszahl*)

	Amsterd.	Kopenh.	Stockh.	Zürich	New York
	14. 2.	14. 2.	14. 2.	14. 2.	14. 2.
Reichsmark ..	44,25	36,37	46,30	48,78	47,17
Dt. österr. K. 13. 2.	1212.—			1310.—	
Franz. Frank. 14. 2.	2,07	1,72	2,19	2,28	2,23
Pfund Sterling 14. 2.	1,04	0,86	1,09	1,14	1,12
Dollar	0,93	0,77	0,97	1,01	

*) Die Entwertungszahl gibt an, das Wievielfache des Friedenskurses einer Währung ihr gegenwärtiger Kurs beträgt.

Londoner Notierungen überseeischer Kurse

	Pari	3. 2.	11. 2.
Alexandrien, £:	97½ Pst	97½—5 Pst.	97½ Pst
Bombay Rup.:	24 d	1 s 3½—3 d	1 s 3½—3 d
Hongkong, \$:	—	2 s 6½—7½ d	2 s 5½—6½ d
Schanghai, Tael:	—	3 s 5½—6½ d	3 s 4—4½ d
Singapore, \$:	—	2 s 3½—3½ d	2 s 3½—3½ d
Yokohama, Yen	24,58 d	2 s 2½—3 d	2 s 2½—3 d
Montev. T. T., \$:	51 d	42½—43 d	43½—44 d
Rio de Jan., Mil.:	27 d	7½ d	7½ d
Buen. Air. T. T., \$:	47,58 d	45—45½ d	44½—45½ d
Valpar. 90 T., £:	13½ Pesos	44— d	43,60 d
Mexiko, \$:	24,58 d	27—29 d	26—28 d

* Kurs vom 19. 2.

Diskontsätze

	letzte Änderung	letzte Änderung
Helsingfors ... 9 %	8. 11. 20	Bukarest 6 %
Tokio 8 "	18. 11. 19	Prag 5½ "
Lissabon 7 "	3. 9. 20	Kopenhagen .. 5½ "
Kalkutta 7 "	30. 12. 21	Paris 5½ "
Wien 7 "	29. 11. 21	Stockholm... 5½ "
Warschau 7 "	9. 21	Berlin 5 "
Sofia 6½ "	14. 6. 19	London 5 "
Athen 6½ "	15. 5. 20	Brüssel 5 "
Moskau 6 "	29. 7. 14	New York F.R.B. 4½ "
Kristiania 6 "	29. 1. 22	Amsterdam... 4½ "
Rom 6 "	11. 5. 20	Schweiz 4 "
Madrid 6 "	4. 11. 20	

Geldmarkts-Sätze.

Berlin, tägliches Geld:	
31. 1. 4½—3/8	
1. 2. 4½	ab 3. 2. unverändert: 4½
2. 2. 4½	

London Tägliches Geld Privat-Diskont (3-Monatsw.) Handelswechsel (3 Monate)

	31. 1.	1. 2.	2. 2.	3. 2.
	3½	2½—3	2—3	3½
	39/16	31/2—9/16	31/2	31/2
	31/2	31/2	31/2	31/2
	1—3	37/16—1/2	37/16	37/16
	2—3	37/16	37/16	37/16
	1—3	33/8—7/16	33/8	33/8
	1—3	33/8	33/8	33/8
	1—3	31/4—3/8	31/4	31/4
	1—3	31/4—3/8	31/4	31/4
	1—3	31/8—3/16	31/8	31/8

New York	26 1.	2. 3.	9 2.
tägliches Geld.....	4½	5½	5½
Bankwechsel FRB fähig:			
Mitglieder (3 Monatswechsel)	4½	4½	4½
Nichtmitglieder	4½	4½	4½
(3 Monatswechsel)			
Handelswechsel (3 Monate).	4½	4½	4½

Die dem Reichstag vorgelegte Denkschrift über Anleihen in 1921 bringt folgende Angaben (Berichtszeit 30. 9. 20 bis 30. 9. 21, Werte in Mill. M.):

	5 % Schatzanweisungen	5 % Schatzanweisungen	4½ % Schatzanweisungen
Begebung	88 553	2 576	10 214
Bei Begebung neuer Anleihen in Zahlung genommen	3 655	17	250
Bleibt Begebung....	84 898	2 559	9 964

Abgänge:

	5 % Schatzanweisungen	5 % Schatzanweisungen	4½ % Schatzanweisungen
Rückkäufe zur Kursstützung	6 179	23	608
Tilgungen	101	—	201
Einlösungen fälliger Anweisungen	—	1 609	94
Annahme auf Steuern	17 542	89	1 607
Annahme auf Heeresgüter	3 824	11	372
Annahme v. Versicherungsträger	24	—	—
Summe der Abgänge	27 630	1 732	2 882
Bleibt Kapital	57 228	828	7 082

Die Reichsschuld in Anleiheform zeigt im Berichtszeitraum folgende Entwicklung (in Mill. M.).

	30. 9. 21	30. 9. 21
5 % Schuldverschreibungen	67 688	57 292
4½ %	1 126	1 125
3½ %	1 961	1 958
3 %	1 672	1 622
5 % Schatzanweisungen	1 699	828
4½ %	8 175	7 082
Prämienanleihe	3 627	3 589
unverzinsliche Schatzanweisungen	138 151	210 399
Zusammen	224 050	283 894

Der Abrechnungsverkehr der Reichsbank im Januar zeigt einen weiteren Rückgang um 4155 auf 116 680 Mill. M. Zum Vergleich mögen folgende Zahlen dienen (in Mill. M.):

Jannar 1922	116 680	Jannar 1921	79 971
Dezember 1921	120 835	Dezember 1920	72 873
November	140 493	Jannar 1920	40 767
Oktober	119 496	Jannar 1919	9 725
Mai 1921	66 454	Jannar 1916	4 910
(niedrigste Ziffer in 1921)			
ganzes Jahr 1921	1 071 574	ganzes Jahr 1916	67 485

Die Zahl der Konkurse in Deutschland betrug im Januar 129 gegen 146 im Vormonat und 102 im Januar 1921.

Für die Quartale des Jahres 1921 stellen sich die Zahlen auf:

1. Quartal	728	3. Quartal	800
2. Quartal	845	4. Quartal	612

Die Gesamtsumme 1921 mit 2975 war die höchste seit 1916 (niedrigste 1918 mit 807), während die Zahlen für 1912 und 1913 9218 und 9725 waren.

Nach einer Meldung der „Sparkasse“ brachte der Dezember ein Anwachsen der Einlagen bei den deutschen Sparkassen um insgesamt 1650 Mill. M. gegen eine Verminderung in den Vormonaten, die im November 1900 Mill. M. im Oktober 1800 Mill. M. betrug. Für das ganze Jahr 1921 ergibt sich eine Zunahme der Einlagen um 2600 Mill. M. auf 14 792 Mill. M., während die Gesamtzunahme in 1920 6240 und in 1919 4650 Mill. M. ausmachte.

Die Notenbanken im Januar 1922

Deutsche Reichsbank (in Mill. M.)							
	Metall	davon Gold	Reichs- u. Darlehens-Kassensch.	Noten anderer Banken	Wechsel und Schecks	Diskont. Schatzanw.-g.	Lombard-Darlehn
1. Woche	1 007	995	4 903	4	1 744	117 949	37
2. "	1 007	995	3 940	6	1 763	122 846	33
3. "	1 009	995	5 233	6	1 549	117 723	26
4. "	1 009	996	5 807	4	1 592	126 160	21
Durchschn.	1 008	995	4 972	5	1 663	121 170	29
+ Dezbr.	+ 2	+ 1	-208	- 1	+320	+ 2 609	-10
Bank von England (in 1000 £)							
	Metall	Regierungs-Kredite	Andere Kredite	Notenumlauf	Depositen		Sonstige Passiva
					Reich u. Staat	Privat	
4. 1.	128 440	68 752	120 020	125 694	3 775	13 049	2 865
11. 1.	128 453	55 604	85 162	123 627	4 668	17 469	2 090
18. 1.	128 444	47 144	83 975	122 600	3 998	13 891	1 719
25. 1.	128 447	45 079	83 667	122 206	5 287	18 126	4 027
Durchschn.	195	7 233	113 250	7 808	4 432	15 634	2 675
+ Dezbr.	- 8	- 729	+ 5 752	- 46	-1 015	-2 999	+ 272

	Staatl. Guthaben	Kassenreserve (Münzen u. Noten)	Currency Notes		
			Umlauf*)	Golddeckung	Regierungs-Sicherheit
4. 1.....	17 118	21 195	319 863	28 500	283 484
11. 1.....	15 602	23 276	313 456	28 500	276 624
18. 1.....	19 623	24 234	308 566	28 500	271 364
25. 1.....	14 524	24 691	305 004	28 500	267 482

Bank von Frankreich (in Mill. fr)

	Gold in der Kasse	Gold im Auslande	Silber	Auslands-Guthaben	Morator.-Wechsel	Andere Wechsel
5. 1.....	3576	1948	280	624	2851	47
12. 1.....	3576	1948	280	623	2447	55
19. 1.....	3576	1948	280	624	2457	55
26. 1.....	3576	1948	280	624	2392	54

	Lombard	Reg.-Kredite	Kredite an Verbündete	Noten-umlauf	Staats-guthaben	Privat-guthaben
5. 1.....	2273	24 350	4150	37 422	19	2880
12. 1.....	2311	24 000	4152	37 124	42	2468
19. 1.....	2267	23 550	4155	36 786	33	2452
26. 1.....	2272	23 200	4155	36 433	20	2372

Bundesreservebanken U. S. A. (in Mill. \$)

	Goldbestand	Silber- und Papiergeld	Diskontierung für Mitgliedsb.	Andere Wechsel	Regierungs-Obligationen	Andere Aktiva	Regierungs-Depositen	Andere Depositen
6. 1.....	2 875	135	1 113	127	231	57	68	1 761
13. 1.....	2 896	146	987	87	219	56	15	1 762
20. 1.....	2 899	153	914	95	227	56	78	1 707
27. 1.....	2 904	155	450	83	250	57	96	1 683

	F. R. Noten im Umlauf	F. R. Banknot. im Umlauf	Andere Passiva	Kapital u. Reserve	Deckungsverhältnis (Deposit. u. Noten)
6. 1.....	2 405	84	16	319	71,1 %
13. 1.....	2 294	84	16	319	74,7 "
20. 1.....	2 230	85	15	318	76,0 "
27. 1.....	2 184	85	15	318	77,2 "

Neugründungen und Kapitalerhöhungen von Aktiengesellschaften im Jahr 1921.

Die Ansprüche der deutschen Erwerbsgesellschaften auf Aktien an dem Geldmarkt sind im letzten Quartal stark gestiegen. Die Summe der Neuinvestitionen in Gründungen und Kapitalerhöhungen bewegte sich wie folgt:

I. Quartal	4 769 995 000 M.	1920...	1 075 441 000 M.
II. "	4 493 037 000 "	"	2 114 613 000 "
III. "	4 048 227 000 "	"	2 178 404 000 "
IV. "	6 948 522 000 "	"	2 722 010 000 "

Im Jahr 1921 20 259 781 000 M. 1920... 8 090 468 000 M.

In den vorangegangenen Jahren waren diese Summen (in 1000 M.)

1913	1914	1915	1916	1917	1918	1919
638 266	874 161	314 504	359 691	984 793	1 043 553	1 338 304

Der Anteil der Neugründungen bzw. der Kapitalerhöhungen an Gesellschaften und Kapital war:

Gründungen:	
Oktober	96 Gesellschaften mit 282 062 000 M.
November	129 " " 699 485 000 "
Dezember	232 " " 681 951 000 "

Kapitalerhöhungen:	
Oktober	141 Gesellschaften mit 950 047 000 M.
November	199 " " 1 187 202 000 "
Dezember	370 " " 3 147 775 000 "

Von der Gesamtsumme entfielen in Prozent auf Neugründungen:

1921	1920	1919	1918
20 19	17 81	35 36	32 44 v. H.

Der Anteil der einzelnen Gewerbearten nach den einzelnen Quartalen und im ganzen Jahre 1921 ist aus folgender Tabelle zu ersehen.

Gewerbegruppen	Neugründungen		Kapitalerhöhungen	
	Zahl der Ges.	Betrag in 1000 M.	Zahl der Ges.	Betrag in 1000 M.
Land- und Forstwirtschaft	I.	—	—	—
	II.	—	—	—
	III.	2	1 500	—
	IV.	—	—	1 240
	1921	2	1 500	1 240

Gewerbegruppen	Neugründungen		Kapitalerhöhungen	
	Zahl der Ges.	Betrag in 1000 M.	Zahl der Ges.	Betrag in 1000 M.
Plantagen-Gesellschaften	I.	—	—	—
	II.	—	—	—
	III.	—	—	—
	IV.	—	—	1 1246
	1921	—	—	1 1246
Tier- und Geflügelzucht	I.	—	—	—
	II.	—	—	—
	III.	2	15 000	—
	IV.	—	—	—
	1921	2	15 000	—
Hochseefischerei	I.	2	8 100	5 11 550
	II.	1	8 000	3 13 000
	III.	—	—	—
	IV.	1	3 000	7 12 500
	1921	4	19 100	15 37 050
Erzbergwerk u. Hüttenbetrieb	I.	2	38 000	12 462 500
	II.	2	5 500	16 220 967
	III.	—	—	14 296 568
	IV.	3	22 880	15 212 500
	1921	7	66 380	57 1192 585
Kohlenbergbau, Koks, Briketts	I.	—	—	7 169 784
	II.	—	—	7 70 200
	III.	4	4 600	9 107 414
	IV.	4	142 000	5 94 728
	1921	8	146 600	28 442 126
Schachtbau	I.	—	—	—
	II.	—	—	—
	III.	—	—	—
	IV.	—	—	1 10 000
	1921	—	—	1 10 000
Torfbau	I.	1	40	—
	II.	—	—	—
	III.	—	—	—
	IV.	—	—	1 95
	1921	1	40	3 6 295
Salz-, Kali- u. Salpeterwerke	I.	—	—	6 59 133
	II.	1	25 000	4 50 441
	III.	—	—	7 49 659
	IV.	—	—	4 87 000
	1921	1	25 000	21 246 233
Petroleum, Erdöle usw.	I.	—	—	5 144 450
	II.	—	—	—
	III.	—	—	3 53 000
	IV.	—	—	1 12 000
	1921	—	—	9 317 450
Steine, Erden	I.	—	—	—
	II.	—	—	—
	III.	—	—	—
	IV.	1	1 000	1 600
	1921	1	1 000	1 600
Stein-, Marmor, Basalt, Schieferbruch usw.	I.	4	9 500	4 4 320
	II.	1	500	1 400
	III.	1	1 700	1 600
	IV.	—	—	2 19 000
	1921	6	11 700	8 24 320
Zement, Kalk, Asphalt, Gipswerke	I.	1	100	14 33 799
	II.	—	—	15 25 698
	III.	2	8 800	12 49 556
	IV.	3	3 450	20 61 835
	1921	6	12 350	61 170 888
Chamotte-, Ziegelei-, Tonwarenfabriken	I.	3	1 350	10 18 657
	II.	1	1 250	10 17 502
	III.	2	4 700	11 27 750
	IV.	7	29 200	12 28 625
	1921	13	36 600	43 92 534
Steingut, Ofenfabr., Töpfereien	I.	—	—	5 5 800
	II.	—	—	2 8 000
	III.	—	—	1 300
	IV.	3	6 000	4 6 500
	1921	3	6 000	12 20 600
Porzellanfabriken	I.	—	—	15 32 675
	II.	—	—	7 5 825
	III.	—	—	2 3 950
	IV.	2	4 000	11 19 100
	1921	2	4 000	35 61 550

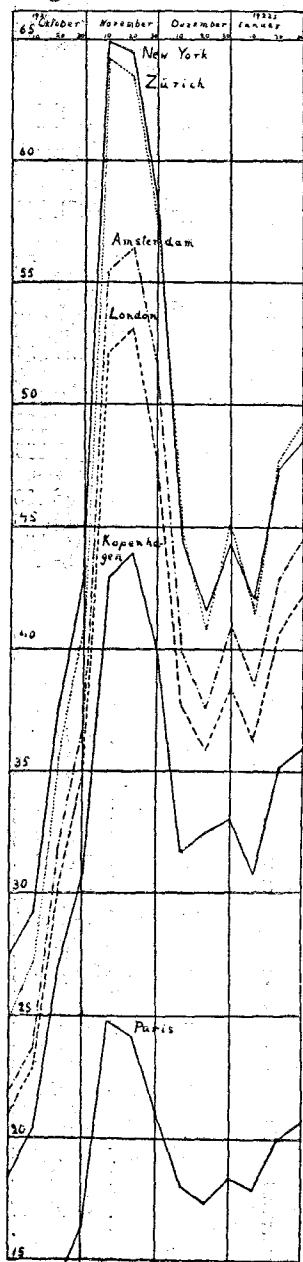
(Fortsetzung folgt.)

Fab. Landau

Wirtschafts-Kurven

I. Entwertungsfaktor der Reichsmark

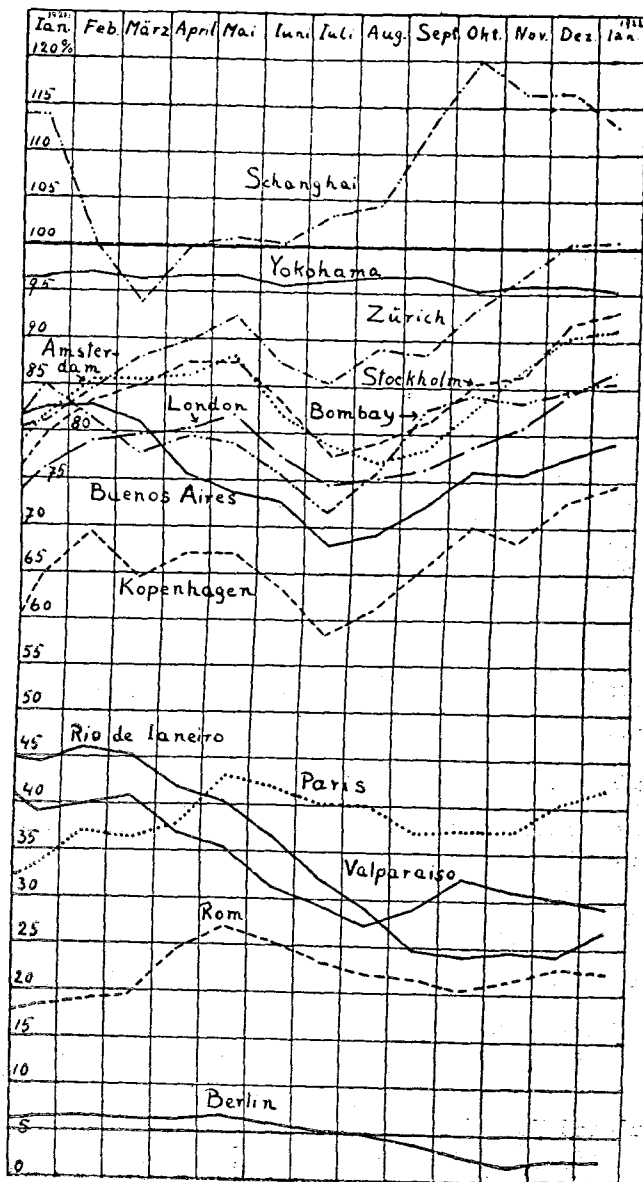
Der Entwertungsfaktor der Reichsmark gibt an, das Wievielfache des Friedenskurses einer Auslandswährung ihr gegenwärtiger Kurs in Berlin beträgt. Er entsteht also aus der Division des gegenwärtigen Kurses durch seine Parität. Für die vorliegende Zeichnung wurden jeweils der 10., 20. und 30. des Monats als Stichtage gewählt. — Das Bild zeigt, daß sich die Mark in den zwei letzten Dekaden des Januar wieder ziemlich stark verschlechtert hat, nachdem sie im Monatsanfang, zur Zeit vor Cannes, zum zweiten Mal nach dem Sturz im November etwas gestiegen war. Am 30. 1. 22 notierten Rom das 11,2fache, Paris das 20,7fache, Kopenhagen das 35,9fache, London das 42,3fache, Amsterdam das 44,6fache, New York das 48,6fache und Zürich das 49,2fache ihrer Friedensparität. Da man bisher den Dollar als Repräsentanten des Goldes betrachtet hat, erhebt sich die Frage, ob die Schweizer Währung hochwertiger als das Gold geworden ist oder ob die Differenz zwischen Dollarkurs und Schweizer Frankenkurs allein auf die Versendungskosten des Goldes zurückzuführen ist. Sie beträgt 1 %.



- Zeichenerklärung**
1. Bild: — New York
 — Kopenhagen
 — Paris
 - - - Amsterdam
 - - - London
2. Bild: - - - Shanghai, Bombay
 — Yokohama, Buenos Aires, Rio de Janeiro, Valparaiso
 — Berlin
 - - - Zürich
 - - - Stockholm, Kopenhagen, Rom
 Amsterdam, Paris
 — London

II. New Yorker Notierungen in Prozenten der Friedensparität

Die New Yorker Notierungen sind im Monatsdurchschnitt wiedergegeben. Die Kurven zeigen an, wieviel Prozent der Friedensparität für eine Valuta in New York notiert wird. Außer den hauptsächlichsten europäischen Plätzen sind drei südamerikanische — Buenos Aires, Rio de Janeiro, Valparaiso — und drei asiatische Plätze — Yokohama, Shanghai, Bombay — aufgenommen worden. Ein Vergleich dieser Kurven mit denen der europäischen Valuten zeigt für die ersteren eine gewisse Eigenbewegung, die den Parallelismus der übrigen durchschneidet. Im Januar d. J. haben sich alle hier ausgewiesenen Kurse mit Ausnahme von Shanghai, Yokohama, Valparaiso, Rom und Berlin in New York gehoben, so daß man schon vom Sinken des Dollar gesprochen hat. Zürich steht seit Dezember 1921 in New York über Parität. Die schwedische Krone und der holländische Gulden sind nur noch um 7 bzw. 9 v. H. gegenüber dem Dollar entwertet, das Pfund-Sterling um 13, der französische Franken um 58 v. H. Für die Reichsmark wurden im Durchschnitt des Januar 1922 0,51 cents notiert, was einem Werte von 2,14 Pfennigen entspricht.



Weltmarktpreise

Ware	Börse	Handelsübliche Form	Ende 1913		Durchschn.-Preis Monat Jan. uar.	Februar-Notierungen						
			Notierung	Preis in M. Fried.-Par.		7. 2.	8. 2.	9. 2.	10. 2.	11. 2.	13. 2.	14. 2.
Kolonialwaren												
Kaffee	Hamburg	Santos M. je 1/2 kg	0,26	je kg	27,25	je kg	je kg	—	—	35—36	—	35—36
	New York	Rio Nr. 7. loko cts je lb	9,—	0,80	9,12	9,12	9,12	9,12	8,93	8,93	—	8,93
Tee	London	Ceylon, Souch. s je lb	—/81/2	1,51	1/81/2	—	—	—	—	—	—	—
Kakao	Hamburg	Accra s je cwt	M. 60,—	—	43,—	45,—	45/8	46/—	45/6-46	45 6/46	46/—47/—	46/—47/—
Zucker	New York	ab Freihafen M. je kg	0,39	—	11,15	11,00-12,00	11,20-12,—	11-12	11-12	11,20-11,70	11,30-12,20	11,30-11,70
	Hamburg	Centrifugals cts je lb	3,12	0,28	3,59	3,70	3,70	3,67	3,67	3,51-3,61	—	3,54-3,61
Reis	Hamburg	Burma loko M. je kg	0,25	—	11,75	13,30-13,50	12,90	12,80	12,80-12,90	13,—	13,30	12,90
	London	Rangoon Nr. 2. s je cwt	7—71/2	0,15	14/—	—	—	—	—	—	—	—
Getreide												
Weizen	Hamburg	loko M. je 50 kg	ca. 20,50	je 100 kg	3,99	je 100 kg	je 100 kg	420—430	433—438	440—455	448—455	455—462
	Buenos Aires	fob S je 100 kg	8,10	32,81	11,421/2	430—435	435,40	—	—	12,70	—	—
	New York	Hard winter cts je bush.	1001/2	15	124,25	138,50	141,—	140,25	141,50	143,25	—	148,50
	Chicago	Juli cts je bush.	681/2	10,9	101,18	111,50	116,25	115,75	117,25	117,87	—	121,75
Mais	Hamburg	La Plata M. je 100 kg	ca. 7,50	—	331	355,—	355	355	355,—	350,—	362,—	365
	New York	cts je bush. loko	681/2	10,9	63,25	68,—	68,75	68,—	60,—	61,50	—	69,25
	Chicago	Juli cts je bush.	5,15	20,85	54,06	60,25	60,25	60,12	61,37	61,25	—	63,—
	Buenos Aires	fob S je 100 kg	16,20	—	7,50	8,05	—	—	—	7,85	—	—
Hafer	Berlin	Märkischer M. je 50 kg	383/8	16,64	294	315—320	312—315	304—309	40,12	310—318	318—322	325—333
	Chicago	Mai cts je bush.	5,55	27,82	38,37	40,25	40,37	—	—	40,82	—	41,25
	Buenos Aires	fob S je 47 kg	8,25	—	8,32	8,40	—	—	—	8,30	—	—
Roggen	Berlin	loko M. je 50 kg	70	11,1	316	328—330	325—328	322—326	—	327—328	330—335	345
	Chicago	Juli cts je bush.	8,50	—	78	83,50	86,—	83,—	91,50	93,25	—	90,50
Gerste	Hamburg	Sommer-Gerste M. je 50 kg	—	—	352	400—410	372—377	400—405	400—415	—	385—395	385—390
	"	Marokko, Tunis. M. je 50 kg	—	—	347	370—380	365—385	—	363—385	370—385	380—390	—
Oele, Oelfrüchte												
Baumwollsaatöl	New York	loko cts je lb	—	je 1000 kg	8,67	je 1000 kg	je 1000 kg	9,25	9,50	9,40	9,56	9,73
Palmkernöl	Hamburg	M. je kg netto	—	—	31,75	9,46	—	33,—	33,—	32,—	32,—	33,—
Kokosöl	London	Ceylon cif. £ je ton	32,26	644,6	34,—	36,—	36,—	36,—	36,—	34,—	36,—	36,—
Kopra	Hamburg	M. je kg	—	—	25,15	—	—	—	—	—	—	25,50
Leinöl	Hull	£ je ton	25	501,75	28,—	32,—	33,—	33,—	33,—	33,—	34,—	35,—
	Berlin	M. je 50 kg	—	—	29,15	321/4	331/2	35,—	35,—	351/4	351/4	361/4
Raps	"	—	—	—	655,—	740-760	740-760	750-760	—	750-765	765-770	775-790
Fleisch, Fette												
Speck	Chicago	niedr. u. höchst. cts je lb	—	—	8,62	9,25-10,25	9,50-10,50	9,50-10,50	9,95-10,25	10,—11,—	—	10,25-11,—
Schweinefl.	Hamburg	Febr je lb	20,20	188,4	16,45	18,70	18,75	18,75	19,—	19,10	—	19,40
Schmalz	Hamburg	steam lard S je 100 kg	—	—	251/4	281/4	28	281/4	281/4	281/2	281/2	28 1/2
	New York	Febr cts je lb	—	—	61,—	60	60	60,—	60,—	61,—	62,—	62,—
	Chicago	cts je lb	10,67	99,50	10,31	11,25	11,321/2	11,35	11,50	11,521/2	—	11,721/2
Talg	Hamburg	M. je kg	—	—	9,32	10,321/2	10,40	10,421/2	10,82	10,621/2	—	10,80
Butter	New York	loko cts je lb	6,88	64,20	33,50	35,—	—	—	—	—	35,—	—
	Berlin	beste je 1/2 kg	1,28	—	6,37	6,50	6,50	6,50	6,50	6,50	—	6,50
	"	—	—	—	43,—	47,—	—	—	—	47,—	—	—
Faserstoffe												
Baumwolle	Bremen	loko Anf./Schluß. M. je kg	1,20	je kg	84,60	je kg	je kg	79,90-79,90	79,90-79,90	79,90-79,90	82,40-83,80	83,—
	New York	Middl. cts je lb	12,60	1,12	17,60	81,90-80,30	16,85	17,40	17,35	17,40	17,60	18,15
	New Orleans	loko cts je lb	—	—	16,12	15,50	15,75	16,—	16,—	16,25	—	16,50
	Liverpool	amerik. good Middl. d je lb	6,68	1,18	—/10,04	—/8,89	—/9,13	—/9,57	—/9,50	—/9,12	—/9,53	9,31
	"	Ägypt. d je lb	9,63	1,71	—/17,62	—/14,—	—	—	—	—/15,25	—	—/15,35
Wolle	Bremen	Cap gewaschen M. je kg	4,10	4,72	195,—	220	—	—	—	—	—	225
	London	Austral Merino s je lb	211/2	712,48	—/15,—	26	—	—	—	—	—	—/45,—
Jute	"	First marks £ je ton	35,10	(1000 kg)	27,—	26	—	—	—	—	—	—
Seide	Deutschland	Roh Org. 20/22 M. je kg Richtpr.	42	536,87	39	—	—	—	—	—	—	—
Hanf	London	Manila £ je ton	26,15	(100 kg)	—	—	—	—	—	—	—	—
Kautschuk, Terpentin												
Kautschuk	London	Crepe s je lb	3/11/2	6,98	—/10	—/83/4	—/83/4	—/87/8	—/87/8	—/85/8	—	—
	Hamburg	Sheets s je lb	2/3	5,1	—/10	—/83/4	—/83/4	—/87/8	—/87/8	—/85/8	—	—
Terpentin	New York	cts je winch. gall.	45,75	0,80 (l)	88,50	91,—	92,—	92,—	92,—	92	—	91,50
	Savannah	" " " "	—	—	81,62	85,—	85,—	85,—	85,25	86,25	—	85,75
Schellack	Hamburg	Orange M. je kg	?	?	300	—	—	300	—	—	—	—
	London	s je cwt	84-85	1,69	325	—	—	—	—	—	—	—
Mineralische Erzeugnisse, Metalle												
Salpeter	London	fub Chile s je quintal	10/9	je 1000 kg	10,4	je 1000 kg	je 1000 kg	—	—	—	—	—
Petroleum	New York	loko cts je Gallone	—	238	18,—	17,50	17,50	17,50	17,50	17,50	—	17,50
	"	Tanks	—	—	8,—	7,—	7,—	7,—	7,—	7,—	—	7,—
	"	stand white	—	—	14,—	13,—	13,—	13,—	13,—	13,—	—	13,—
	"	Cred Balances	—	—	3,40	3,25	3,25	3,25	3,25	3,25	—	3,25
Kupfer	Hamburg	M. je 100 kg	130	—	57,60	5800-5900	5775-5850	5800-5700	5725	—	5750-5800	5700-5750
	London	Stand. Kasse. £ je ton	631/8	1306,9	64,15	611/2	611/2	611/2	611/2	—	617/8	617/8
	New York	Elektro cts je lb	15	1320	13,75	13,62	13,50	13,37	13,37	—	13,37	13,37
Blei	Hamburg	M. je 100 kg	34-35	—	2050	1900-1950	1900-1950	1825-1875	1825-1875	—	1875-1925	1850-1925
	London	Kasse £ je ton	181/4	366,20	23,10	211/8	211/8	207/8-21	207/8-21	—	21-207/8	203/8-203/8
	New York	loko cts je lb	4,15	365,20	4,75	4,75	4,75	4,75	4,75	—	4,75	4,75
Zink	Hamburg	Roh M. je 100 kg	46,—	—	2125	2150-2200	2150-2200	2075-2125	2075-2125	—	2125-2175	2100-2150
	London	£ je ton	211/2	431,5	20,—	211/8-25	211/8-25	211/8-25	211/8-25	—	211/8-25	211/8-25
	New York	loko cts je lb	5,32	0,21	4,741/2	4,52	4,52	4,52	4,52	—	4,52	4,52
Eisen	New York	loko cts	—	—	18,75	18,75	18,75	18,75	18,75	—	18,75	18,75
Zinn	Hamburg	Banca Straits M. je 100 kg	427,40	01,8	13400	13500-13800	13700-14000	13250-13550	13250-13500	—	13500-13800	13200-13500
	London	Straits Kasse. £ je ton	1691/2	34,—	162	1551/8	1571/2	156	1531/2	—	153	153
	New York	loko cts je lb	—	—	31,99	31,87	32,12	32,25	31,—	—	31,—	31,—
Nickel	Berlin/Hamburg	98/99 loko M. je 100 kg	320-330	—	12700	12200-12500	12001-12300	12000-12300	12300-12600	—	12800-13000	12500-13000
Silber	Berlin	900 fein M. je kg	81,55	je g —	3685	3750-3800	3750-3775	3575-3600	3700-3725	—	3775-3825	3725-3750
	London	d je oz	263/16	0,069	35	—/341/8	—/341/8	—/341/8	—/341/8	—/341/8	—/341/8	—/341/8
	New York	ausländisch cts je oz	571/2	2,30	65,50	66,62	65,62	65,67	65,77	—	65,87	65,87
	"	inländisch " " "	83	3,32	99,62	99,62	99,62	99,62	99,62	—	99,62	99,62
Gold	Berlin/Hamburg	M. je kg	2790	—	130500	133 000	131000	128500	131000	—	131000	—
	London	s je oz	841/10	2,701	97 61/2	95,5	94/9	95,1	—	95,11	95,16	—
Platin	Berlin/Hamburg	M. je g	?	?	550	530	530	510	530-40	540	—	—

Schiffahrt und Schiffbau

Weltschiffbau 1921 (nach Lloyds Register)

Im Jahre 1921 wurden nach Lloyds Register auf den Werften der Welt 1377 Schiffe mit 4 341 679 Br. R. T. zu Wasser gelassen. Dieses Ergebnis bleibt um 1 520 000 t gegen das vorjährige zurück, übertrifft aber das des Vorkriegsrekordjahres 1913 um mehr als 1 Mill. Br. R. T.

Die vom Stapel gelassene Tonnage bestand aus:

1069 Dampfern mit	3 967 733 Br. R. T.
136 Motorschiffen mit	306 642 „
172 Seglern und Leichtern mit	67 304 „
1377	4 341 679 Br. R. T.

Besonders bemerkenswert ist, daß von den zu Wasser gelassenen Dampfern 167 mit 1 195 000 Br. R. T. (das ist über 30 % der Dampfer-Neutonnage) als Antriebsmaschinen Dampfturbinen erhielten. Auch auf Motorschiffe entfällt mit jedem Jahre ein größerer Anteil der Gesamtbautonnage. Während 1919 ungefähr 156 000 t die Hellingen verließen, waren es im vergangenen Jahre 306 000 t. Das sind etwa 7 % der Gesamtneutonnage der Welt.

Auf die einzelnen Schiffbauländer verteilt sich die Bautonnage wie folgt:

Länder	Dampfer				Motorschiffe				Segler, Leichter usw.				Zusammen		1920	
	Zahl	Br. R. T.	Zahl	Br. R. T.	Zahl	Br. R. T.	Zahl	Br. R. T.	Zahl	Br. R. T.	Zahl	Br. R. T.	Zahl	Br. R. T.	Zahl	Br. R. T.
Großbritannien	371	1429757	—	—	28	102356	—	—	24	4666	3	1273	426	1538052	618	2055624
Britische Kolonien																
Australien	6	16918	2	490	—	—	—	—	—	—	—	—				
Canada																
Große Seen	5	11372	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—				
Küste	12	63836	3	820	1	388	1	714	—	—	3	1290	54	129675	103	203644
Hongkong	10	30376	—	—	1	167	—	—	2	910	—	—				
Andere	4	1749	—	—	—	—	—	—	—	—	4	645				
Vereinigte Staaten																
Atlantische Küste	83	591141	—	—	6	20693	—	—	12	7123	8	7771				
Golf Häten	11	58355	—	—	—	—	—	—	2	2000	1	2190	173	1006413	509	2476253
Pacific Küste	39	292616	—	—	3	10940	—	—	—	—	1	2300				
Große Seen	2	4084	—	—	5	7200	—	—	—	—	—	—				
Belgien	3	17909	—	—	—	—	—	—	3	690	—	—	3	17909	5	8371
China	10	25731	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	13	27421	14	33705
Dänemark	17	30859	—	—	13	44828	1	285	1	200	5	1066	37	77238	30	60669
Finnland	4	4575	4	641	—	—	4	1540	—	—	6	1450	18	8206	—	—
Frankreich	57	204135	—	—	—	—	—	—	7	5740	1	188	65	210663	50	93449
Deutschland	201	467443	—	—	22	33333	—	—	19	8288	—	—	242	509064	—	—
Holland	86	217624	—	—	9	13988	—	—	3	790	—	—	98	232402	99	183149
Italien	33	157427	3	1322	5	13561	13	4754	—	—	31	7684	85	164748	82	133199
Japan	43	227425	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	43	22425	140	456642
Norwegen	28	39955	1	351	2	9930	4	1192	—	—	—	—	35	51458	30	38855
Portugal	—	—	—	—	—	—	7	4380	—	—	24	7553	31	11933	—	—
Spanien	11	47256	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11	47256	13	45950
Schweden	13	29250	—	—	8	34729	1	530	1	450	4	952	27	65911	46	63823
Andere Länder	7	12686	—	—	2	1134	—	—	—	—	7	2085	16	15905	20	8342
	1056	3964109	13	3624	105	293247	31	13395	74	30857	98	36447	1377	4341679	1759	5861675

Großbritannien hat im vergangenen Jahre 517 572 Br. R. T. weniger als im vorhergehenden Jahre gebaut. Sein Bauergebnis macht 35 % des Weltschiffbaues aus, während es im Jahre 1913 58 % darstellte. Von den 1 538 052 t, die die britischen Werften während des vergangenen Jahres verlassen haben, sind 946 182 für die Registrierung in Großbritannien bestimmt, 591 870 t, also mehr als ein Drittel der in Großbritannien gebauten neuen Räumte waren für das Ausland bestimmt. Diese ausländischen Aufträge nehmen jetzt einen größeren Teil des britischen Schiffbaues in Anspruch als vor dem Kriege. In dem Jahrtüft 1909 bis 1913 sind durchschnittlich nur 22 % des britischen Gesamtbauergebnisses für das Ausland bestimmt gewesen. Von der im Jahre 1921 in Großbritannien zu Wasser gelassenen Tonnage gingen 134 600 t nach Norwegen, 127 900 t nach Frankreich, 183 800 t nach Holland und 66 400 t nach den britischen Dominions. Der Größenklasse 5000 bis 10 000 t gehörten 103 Schiffe an, über 10 000 t maßen 24 Schiffe, von denen die größten sind: Laconia (19 700 t), Windsor Castle (19 000 t), Conte Rosso (17 250 t), Moldavia (16 510 t), Montelare (16 400 t).

Von den über 1000 Br. R. T. großen Schiffen waren 38 mit zusammen 250 500 t für den Öltransport bestimmt. Die Durchschnittstonnage der Dampfer und Motorschiffe stellte sich auf 3840 t oder, falls man die Schiffe unter 500 Br. R. T. unberücksichtigt läßt, auf 4602 t (1920: 4387, 1919: 4006, 1918: 4593, 1917: 4933, 1916: 4080).

Mit Dampfturbinen wurden 70 Dampfer mit 624 487 Br. R. T. ausgerüstet, darunter nahezu sämtliche Dampfer über 12 000 t. Die Zahl der Motorschiffe stellt sich auf 28, ihre Tonnage auf 102 356 Br. R. T., darunter 11 von mehr als 5000 t.

Von den verschiedenen Baudistrikten Großbritanniens hatte Glasgow das größte Bauergebnis (358 347 Br. R. T.), Newcastle 354 813 t, Greenock 146 842 t und Sunderland 144 280 t.

Die Vereinigten Staaten haben 1 469 840 Br. R. T. weniger als im vorhergehenden Jahr und mehr als 3 Mill. t weniger als im Rekordjahre 1919 fertiggestellt. Von den auf amerikanischen Werften gebauten Schiffen über 1000 t sind 33 mit zusammen 280 000 t mit Dampfturbinen und 11 mit zusammen 35 000 Br. R. T. mit Motoren ausgerüstet. Die Zahl der Tankschiffe stellte sich auf 92 mit zusammen 690 000 Br. R. T. Auf die einzelnen Größenklassen verteilen sich die Neubauten wie folgt:

53 maßen zwischen	4—7 000 Br. R. T.
50 maßen zwischen	7—10 000 „
18 maßen über	10 000 „

Das größte im vergangenen Jahre in Amerika zu Wasser gelassene Schiff war der Dampfer Betore mit 15 300 Br. R. T.

In Deutschland liefen während des vergangenen Jahres 242 Schiffe mit 509 064 Br. R. T. vom Stapel. Das sind 44 000 mehr als im Vorkriegsrekordjahre 1913. Von den Schiffen über 1000 t wurden 18 mit zusammen 72 777 t mit Dampfturbinen und 7 mit zusammen 28 839 t mit Ölmaschinen ausgerüstet. 40 Schiffe waren zwischen 4 und 7000 t, 13 zwischen 7 und 10 000 t und ein Schiff über 14 000 t groß.

Hollands Schiffbau hat ebenfalls ein Rekordergebnis gehabt. Es sind 49 000 Br. R. T. mehr als im vorhergehenden Jahre zu Wasser gelassen worden. 13 Schiffe von zusammen 81 000 t waren mit Dampfturbinen, drei Schiffe mit

zusammen 12 500 t mit Ölmaschinen ausgerüstet. Vier Dampfer gehörten der Größenklasse 8—10 000 t an.

Japan. Japans Bauergebnis zeigt einen Rückgang von 50 %. Es haben 229 217 t weniger als im Vorjahre die Hellingen verlassen und trotzdem ist mehr gebaut worden als im Durchschnitt der Jahre 1910 bis 1913. Zwei Schiffe maßen zwischen 10 000 und 10 500 t, acht Schiffe zwischen 7000 und 10 000 t.

Frankreich hat 117 214 t mehr als im Vorjahre gebaut und damit sein bisher höchstes Bauergebnis erreicht. Das größte auf französischen Werften zu Wasser gelassene Schiff maß 10 741 Br. R. T.

In **Dänemark, Norwegen und Schweden** sind zusammen 194 607 t zu Wasser gelassen worden, das sind 31 260 t mehr als im Vorjahre. Sowohl für Dänemark wie für Schweden stellt das Ergebnis einen Rekord dar. Nächste Großbritannien hat Dänemark die meisten Motorschiffe gebaut. Die beiden größten dieser Motorschiffe haben einen Raumgehalt von je 8700 t.

Italien übertraf seine vorjährige Bautonnage um 32 000 t und erreichte damit gleichfalls ein Rekordergebnis. (Ungefähr 25 % der Neutonnage entfallen auf Triest.)

Die **Britischen Dominions** ließen 74 000 t weniger als im Vorjahre zu Wasser. Kanada stellte nur eine halb so große Neutonnage als im Jahre 1920 her. A. K.

Belgien

Auswanderung über Antwerpen im Jahre 1921. Über Antwerpen sind während des vergangenen Jahres insgesamt 56 727 Personen nach Übersee ausgewandert gegenüber 38 032 im Vorjahre. Der Auswandererverkehr Antwerpens hat sich demnach im letzten Jahre um nahezu 50 % gehoben. Ungefähr die Hälfte aller Auswanderer des Jahres, nämlich 23 817, waren Polen. Rumänien sandte 3565, die Tschecho-Slowakei 3337 und Rußland 3116 Auswanderer.

Für die meisten Auswanderer (30 883) waren die Vereinigten Staaten das Reiseziel, 8645 gingen nach Kanada und nur 98 nach Südamerika. A. K.

Vereinigte Staaten

Amerikanische Regierungsschiffe zu Weltmarktpreisen verkauft. Zum ersten Mal hat das amerikanische Schiffsamt zwei seiner Schiffe zu Weltmarktpreisen abgegeben. Es handelt sich um die beiden Frachtdampfer Tuckahoe und Absecon von je 5100 t Tragfähigkeit, von denen das erste für weniger als 50 \$ je t an die Firma H. Sprague & Co. in Boston und das zweite für ungefähr 40 \$ je t an die Reederei A. H. Bull & Co. in New York verkauft wurde. Beide Schiffe sind von der New York Shipbuilding Co. auf der Camden-Werft gebaut. Die Tuckahoe ist das bekannte amerikanische Rekordschiff, das in 29 1/2 Arbeitstagen fertiggestellt wurde. Die beiden Schiffe sind übrigens die einzigen von den 30 im Dezember zum Verkauf angebotenen Regierungsschiffen, die Käufer gefunden haben. A. K.

Der amerikanische Schiffsamtsubventionsplan fertig. Der Entwurf eines Subventionsgesetzes für die amerikanische Handelsmarine ist nunmehr vom Schiffsamt fertiggestellt und am 24. 1. dem Präsidenten Harding unterbreitet worden, der ihn nach eingehender Prüfung voraussichtlich noch im Februar als Spezialbotschaft dem Kongreß zugehen lassen wird. Soweit bekannt, stützt sich der Entwurf in seinen wichtigsten Teilen auf die von dem Vereinigten Komitee der Reeder, Reederfunktionäre und Schiffbauer ausgearbeiteten Vorschläge, doch ist der Plan einer festen Subvention per Brutto-Registerton vom Schiffsamt abgelehnt und durch ein „flexible scheme“ ersetzt worden, das von dem Bezug von Subventionsbeträgen

alle Schiffe ausschließen will, die aus ihren Jahreserträgen nach Abzug der notwendigen Abschreibung und bestimmter Unkosten eine höhere Dividende als 6 % zu verteilen imstande sind. Nur soweit die „indirekten“ Subventionen nicht ausreichen, den Reedereien diese Mindestdividende zu sichern, sollen also direkte Zuwendungen gemacht werden.

Da die Einzelheiten des Entwurfes den Kongreßmitgliedern noch nicht offiziell bekannt sind, kann eine Opposition gegen ihn auch noch nicht organisiert sein. Doch lassen bereits die Äußerungen einiger demokratischer Führer erkennen, daß innerhalb dieser Partei wenig Neigung für direkte Schiffsamtsubventionen besteht. So ist z. B. der dem Finanzkomitee des Senats angehörnde, in Schiffsamtsfragen des öfteren hervorgetretene Senator Flischer der Ansicht, daß ein Entwurf, der direkte Subsidien für die Schifffahrt vorschlägt, keine Aussicht auf Annahme im Senat hat. „Es ist möglich, daß man Staatshilfe für die Schifffahrt in der Form von Postsubventionen und Vorzugstarifen gewährt, aber ich glaube nicht, daß der Senat darüber hinausgeht.“ Besser sind die Aussichten des Entwurfes im Repräsentantenhaus, da hier die Anhänger direkter Staatshilfe auch früher schon eine Mehrheit gehabt haben. A. K.

Der Betriebsverlust der amerikanischen Staatsflotte. Für den Bau und den Betrieb der amerikanischen Staatsflotte hat der Kongreß bisher annähernd 4 Milliarden \$ bewilligt. Über den Verbleib dieses Riesenbetrages gab der Leiter des Schiffsamts kürzlich dem Committee on Appropriation des Repräsentantenhauses Aufschluß. Er berechnete das in der amerikanischen Regierungsschiffsflotte investierte Kapital nach Abzug des Erlöses für die bereits verkauften Dampfer mit 2687 Mill. \$. Über die bisherigen Verluste aus dem Betrieb der Regierungsschiffe äußerte er, daß sie sich genau nicht feststellen ließen, da die Abrechnungen der mit den Schiffen arbeitenden Firmen nicht nach einheitlichen Gesichtspunkten aufgestellt seien. In der ziffernmäßigen Übersicht, die er dem Committee unterbreitete, figurierten die Verluste, die der Betrieb der Regierungsschiffe bis zum 1. 7. v. J. gebracht hatte, mit einem Betrag von 123 Mill. \$. In den Monaten Juli bis November des vorigen Jahres haben sich die Ergebnisse des Reedereibetriebes wie folgt gestellt:

	Reisen	Einnahmen	Betriebskosten	Ausgaben Reparaturkosten	Verlust
		\$	\$	\$	\$
Juli	230	9 535 000	11 432 000	1 467 000	3 364 000
August.....	318	13 547 000	15 394 000	1 776 000	3 629 000
September ..	224	9 299 000	10 447 000	1 115 000	2 353 000
Oktober ...	214	8 664 000	9 429 000	780 000	1 545 000
November..	164	6 697 000	7 351 000	1 307 000	1 961 000
Zusammen ..	1150	47 646 000	54 053 000	6 445 000	12 852 000

Der Verlust hat sich demnach in diesen fünf Monaten um weitere 12 352 000 \$ erhöht.

Lasker betonte, daß von der im Besitze des Schiffsamts befindlichen Tonnage ungefähr 5 Mill. t, die ehemals mit einem Kostenaufwand von rund 1 Milliarde \$ hergestellt worden seien, unter normalen Bedingungen nicht mehr gewinnbringend in Betrieb gehalten werden könnten. Seitdem er an der Spitze des Schiffsamts stehe, habe er sich bemüht, unrentabel arbeitende Schiffe nach Möglichkeit aus dem Verkehr herauszuziehen. Die Zahl der den privaten Firmen überwiesenen Regierungsschiffe stellte sich zur Zeit seines Amtsantritts auf 674. Jetzt betrage sie etwa 325, das sei ungefähr 1/4 der gesamten Regierungstonnage an stählernen Schiffen. „Wenn sich die Lage des Welthandels wieder bessert und die Regierung die private Schifffahrt kräftig unterstützt, so glaube ich, daß in etwa zwei Jahren das Schiffsamt nicht mehr mit Verlusten zu rechnen hat, sondern der Staatskasse Überschüsse zuführen und die notwendigen Handelsrouten aufrecht erhalten kann.“ A. K.

Handelspolitische Rundschau

(Die Quellen können beim Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv, Hamburg 76, Rothenbaumchaussee 5, werktätlich von 9—4 Uhr eingesehen werden. Abschriften gegen Erstattung der Unkosten.)

Europa

Deutsches Reich. Über die Frage der Aufstellung eines neuen Zolltarifs wird von der Regierung zurzeit mit den Sachverständigen der Eisen- und Metallindustrie verhan-

delt. Die Ausschüsse der meisten übrigen Industriezweige sind bereits gehört worden. („D. Bergwerksztg.“ 25. 1.)

Die internationale Elbekommission, in der Deutschland, die Tschecho-Slowakei, Italien, Belgien, Frankreich und England vertreten sind, trat am 31. 1. in Dresden zu einer zweiten Tagung zusammen zwecks Vereinbarung der endgültigen Elbeschiffsahrtsakte.

Die Wirtschaftsverhandlungen mit Litauen, die am 10. 2. in Kowno beginnen sollten, sind auf Wunsch der litauischen Regierung um einige Wochen verschoben worden. („D. Allg. Ztg.“ 1. 2.)

Der Außenminister Estlands erklärte auf eine parlamentarische Anfrage, dem Abschluß eines Handelsvertrags mit Deutschland ständen Schwierigkeiten entgegen; das Verhältnis zu Deutschland sei korrekt, aber nicht sehr herzlich. („D. Allg. Ztg.“ 11. 2.)

Vgl. auch Jugoslawien, Rußland.

Belgien. Seit dem 3. 2. ist die Ausfuhr von Holz freigegeben. („Ind.- u. Hand.-Ztg.“ 3. 2.)

Der Wirtschaftsvertrag mit Luxemburg wurde von der Kammer angenommen. („Temps“ 4. 2.)

Bulgarien. Mit den Vereinigten Staaten von Amerika wird über den Abschluß eines Sonder-Friedensvertrags nach einem von den Vereinigten Staaten vorgelegten Entwurf verhandelt. („Times“ 31. 1.)

Danzig vgl. Polen.

Estland. Mit Lettland wurden am 11. 2. Verhandlungen über eine Eisenbahnkonvention angeknüpft. („D. Allg. Ztg.“ 13. 2.)

Vgl. auch Deutsches Reich, Polen.

Finnland vgl. Polen.

Frankreich. Durch Dekret vom 12. 1. ist der Einfuhrzoll auf Runkelrübensaat ermäßigt. („Journal Off.“ 19. 1.)

Um die französische Konkurrenzfähigkeit zu heben, setzten die französischen Eisenbahnen die Tarife für die Beförderung von Metallwaren nach den französischen Ausfuhrhäfen um 25—40 v. H., von zur Ausfuhr bestimmten Erzen um 10—15 v. H. herab. („Ind.- u. Hand.-Ztg.“ 31. 1.)

Die Erhöhungskoeffizienten für die Positionen 459 (Seidengewebe) und 567 bis (Rohre usw.) sind verändert worden. (Näheres s. „Ind.- u. Hand.-Ztg.“ 23. 1.)

Die Ausfuhrabgabe auf Pferde, Esel usw., die aus Frankreich oder Algerien exportiert werden, ist durch Dekret vom 12. 1. auf die Hälfte ermäßigt. („Board of Trade Journal“ 9. 2.)

Da die Verhandlungen mit Italien über einen *modus vivendi* noch nicht zum Abschluß gelangten, kamen die Regierungen am 31. 1. überein, die Kündigungsfrist des Abkommens von 1898 um einen Monat zu verlängern, so daß also an dem gegenwärtig in Kraft befindlichen Handelsregime bis auf weiteres nichts geändert wird. („D. Allg. Ztg.“ 1. 2.)

In Paris wurde am 7. 2. das Handelsabkommen mit Polen unterzeichnet, das eine Woche, nachdem der französischen Regierung die Annahme des Vertrags durch das polnische Parlament notifiziert ist, in Kraft treten wird. Der Vertrag ist zunächst auf ein Jahr abgeschlossen.

Frankreich genießt das Meistbegünstigungsrecht und den günstigsten Tarif. Für eine große Anzahl von Waren, die für den französischen Export besonders wichtig sind (u. a. Weine, Liköre, Schmucksachen, Webwaren, Automobile usw.) werden Ermäßigungen von bis zu 50 v. H. der Tarifsätze gewährt. Nach dem Mindesttarif sind auch gewisse Waren, die nicht französischen Ursprungs sind, z. B. Kolonialwaren, zu verzollen, wenn sie von französischen oder polnischen Firmen nach Polen eingeführt werden. Der französische Transitverkehr ist zollfrei. Bestimmte polnische Waren sind bei der Einfuhr nach Frankreich nach dem Mindesttarif zu behandeln. Für etwa 40 Warenkategorien (Liste C) sind Zollermäßigungen vorgesehen. Um die Vorteile des Abkommens den Angehörigen beider Nationen zu sichern, sind Ursprungszeugnisse beizubringen.

Die französische Einfuhr von Automobilen, Webwaren, Weinen und Spirituosen nach Polen wird noch besonders durch eine Bestimmung gefördert, nach der die Einfuhr dieser Artikel, die im allgemeinen verboten ist, durch Lizenzen der polnischen Gesandtschaft in Paris nach Maßgabe der vereinbarten Kontingente genehmigt werden wird.

Im übrigen enthält der Vertrag gegenseitige Abmachungen über die rechtliche Stellung der Angehörigen beider Länder, über den Schutz gegen unlauteren Wettbewerb. Hinsichtlich des Auswandererverkehrs gewährt Polen der französischen Schifffahrt weitgehende Vergünstigungen. („Temps“ 8. 2.)

Gleichzeitig mit dem Handelsabkommen wurde ein Vertrag geschlossen, der Frankreich wichtige Vorrechte bezüglich der polnischen Petroleumindustrie sichert. („Temps“ 9. 2.)

Anfang Februar wurde mit Portugal auf die Dauer von sechs Monaten ein provisorisches Handelsabkommen getroffen. Portugal verpflichtet sich danach, den Zollaufschlag von 50 v. H. gegenüber französischen Waren nicht anzuwenden, wogegen Frankreich die Einfuhr portugiesischer Weine in monatlichen Kontingenten von 5000 hl gestattet. („Frkf. Ztg.“ 4. 2.)

In einem noch nicht bekannt gegebenen Vertrag mit dem Vertreter der russischen Sowjetregierung soll u. a. vereinbart sein, daß Frankreich Waren und Industrieprodukte im Werte von 800 Mill. fr liefern und kreditieren wird, deren endgültige Bezahlung auf Grund des Art. 116 des Versailler Vertrags Deutschland aufgebürdet werden soll. (!)

Eine Delegation der Tschecho-Slowakei ist in Paris eingetroffen, um über die Grundlagen eines neuen Handelsvertrags zu verhandeln. („Information“ 7. 2.)

Der Zollkrieg mit Spanien hat den Handel zwischen beiden Ländern völlig lahmgelegt. Die Verhandlungen sollen demnächst in Madrid weitergeführt werden. („Temps“ 28. 1. und 10. 2.)

Vgl. auch Lettland, Polen.

Großbritannien. Vom 1. 4. an ist die Einfuhr von Vogelfedern in das Vereinigte Königreich verboten. („Board of Tr. J.“ 9. 2.)

In Boulogne-sur-Mer wurde eine britische Handelskammer errichtet. („Times Tr. Suppl.“ 28. 1.)

Vgl. auch Lettland, Österreich, Rußland.

Italien. Der Einfuhrzoll auf Zeitungspapier ist mit Wirkung vom 1. 1. 22 an auf den Satz von 5 Lire Gold je 100 kg festgesetzt worden. („Board of Trade J.“ 19. 1.)

Die Regierung hat die Nachfolgestaaten für den 15. 2. zu einer neuerlichen Konferenz nach Rom eingeladen. („Frkf. Ztg.“ 2. 2.)

Das Zollaufgeld für die erste Februarhälfte beträgt 342 % gegen 349 % in der zweiten Januarhälfte. („Board of Tr. J.“ 9. 2.)

Die Ausfuhr einer größeren Anzahl von Waren ist freigegeben worden. (Näheres s. „Board of Tr. J.“ 26. 1. und 2. 2.)

Vgl. auch Frankreich, Rußland.

Jugoslawien. Die Regierung beschloß, den Artikel 18 des Versailler Vertrags über das Pfandrecht gegen das deutsche Eigentum im Ausland außer Kraft zu setzen. („Hbg. Fremdbl.“ 13. 2.)

Die Skupschtina nahm den Gesetzentwurf über die Verlängerung des Handelsprovisoriums mit Österreich an.

Der Goldagiozuschlag bei der Zollentrichtung auf Eisenwaren wurde auf 600 v. H. erhöht. („D. Bergw.-Ztg.“ 24. 1.)

Vgl. auch Italien.

Lettland. „Temps“ (5. 2.) meldet aus Riga, daß der Abschluß eines französisch-lettischen Handelsvertrags auf der Basis der Meistbegünstigung in Kürze bevorstehe.

Mit Großbritannien sind Verhandlungen über ein Handelsabkommen im Gange. („Times“ 20. 1.)

Eine Handelskommission der Vereinigten Staaten von Amerika, die die wirtschaftlichen Verhältnisse Lettlands und der baltischen Staaten studieren soll, wird in Riga erwartet. („Times“ 20. 1.)

Vgl. auch Estland, Polen, Rußland.

Litauen vgl. Deutsches Reich, Polen.

Luxemburg vgl. Belgien.

Niederlande vgl. Rußland.

Norwegen vgl. Rußland, Spanien.

Oesterreich. Die Regierung hat schon vor längerer Zeit die Handelskammern und Fachverbände beauftragt, die Vorarbeiten für eine grundsätzliche Revision des Zolltarifs in Angriff zu nehmen, um ein geeignetes Instrument für den Abschluß neuer Handelsverträge zu schaffen. Da die industriellen Kreise feste Goldzollsätze bei den starken Valuta- und Preisschwankungen für untunlich halten und sich zurzeit nicht übersehen läßt, welche dauernd vom Ausland zu beziehenden Waren zu begünstigen wären, will die Regierung sich auf eine Vereinheitlichung und Vereinfachung des alten Tarifs und dessen Anpassung an die neuen Verhältnisse beschränken. („Deutscher Außenhandel“ 30. 1.)

In einer am 11. 2. überreichten Note teilte der englische Gesandte der Regierung mit, daß die englische Regierung beschlossen habe, Österreich einen Vorschuß von 2 Mill. £ zu gewähren. („D. Allg. Ztg.“ 12. 2.)

Auf Grund eines am 8. 2. in Prag unterzeichneten Abkommens räumt die Tschecho-Slowakei Österreich einen Kredit von 500 Mill. csl K ein.

In Budapest wurde am 8. 2. ein provisorischer Handelsvertrag mit Ungarn unterzeichnet. Die Verhandlungen bezüglich eines Warenaustauschvertrags werden nach Fertigstellung der beiderseitigen Freilisten fortgesetzt werden. („Frkf. Ztg.“ 10. 2.)

Vgl. auch Italien, Jugoslawien.

Polen. Eine Delegation Estlands ist nach Warschau abgereist, um in Handelsvertragsverhandlungen mit Polen einzutreten. („Ind.- u. Hand.-Ztg.“ 2. 2.)

Der Abgeordnete Radziczewski reist Mitte Februar nach Paris und Brüssel, um über eine Anleihe, die Polen in Höhe von 500 Mill. fr von Frankreich erhalten soll, als Delegierter Polens zu verhandeln. („D. Allg. Ztg.“ 11. 2. und 13. 2.)

Die Wirtschaftskonferenz zwischen Polen, Finnland, Estland, Lettland und Litauen, die im Februar in Helsingfors tagen sollte, wurde vorläufig auf Ende März vertagt. („Fin. News“ 1. 2.)

Polen hat den Vorschlag gemacht, die Konferenz nach Warschau einzuberufen. („D. Allg. Ztg.“ 14. 2.)

Japan hat in Warschau ein Generalkonsulat errichtet, das seinen Geschäftsbereich auch auf den Freistaat Danzig ausdehnen soll. („D. Allg. Ztg.“ 1. 2.)

Vgl. auch Frankreich.

Portugal. Durch Dekret vom 22. 11. 21, das kurz nach Neujahr in Kraft trat, wurden die Schiffsabgaben für fremde Schiffe so außerordentlich erhöht, daß sie prohibitiv wirken. (Näheres s. „Times Tr. Suppl.“ v. 21. 1.)

Ab 14. 1. wurden auch die Lagergebühren der Zoll-Lagerhäuser verdreifacht. („Board of Trade J.“ 26. 1.)

Vgl. auch Frankreich.

Rumänien. Das wirtschaftliche Programm der Regierung enthält als wichtigste Punkte vollkommene Freiheit des Handels im Innern und Abschaffung der Einzelgenehmigungen für die Einfuhr, über die ausschließlich in den Zollgesetzen bestimmt werden wird. („D. Allg. Ztg.“ 13. 2.)

Die Ausfuhr von Erdölprodukten ist vorübergehend verboten, damit der lokale Bedarf gedeckt werden kann. („Times Tr. Suppl.“ 28. 1.)

Das in Rumänien gewonnene Gold darf künftig nicht mehr exportiert werden, sondern muß an die Nationalbank zur Notendeckung abgeliefert werden. („Times Tr. Suppl.“ 4. 2.)

Eine Liste der Waren, deren Ausfuhr aus Rumänien bis 27. 2. verboten bzw. gestattet ist, veröffentlicht das „Board of Trade Journal“ v. 19. 1.

Rußland. Dem Weltpostverein wurde von Estland mitgeteilt, daß der Versuch der Wiederherstellung des Postverkehrs mit Rußland völlig gescheitert sei. („Manch. Guard.“ 30. 1.)

Das Staatsmonopol des Handels mit landwirtschaftlichen Maschinen, Geräten, Sämereien und sonstigen Hilfsmitteln der landwirtschaftlichen Produktion ist aufgehoben; zur Einfuhr ist die Genehmigung des Außenhandelskommissariats erforderlich. („Ind.- u. Hand.-Ztg.“ 1. 2.)

In Berlin soll eine besondere Einkaufsstelle für landwirtschaftliche Maschinen und Geräte eingerichtet werden. („D. Allg. Ztg.“ 3. 2.)

Die Sowjetregierung hat die Errichtung einer Aktienbank für den Handel mit dem Ausland bestätigt. Die Hälfte der Aktien behält das Außenhandelskommissariat, die andere Hälfte ist in den Händen ausländischer Kapitalisten und russischer Unternehmungen. („Frkf. Ztg.“ 9. 2.)

Vom 1. 2. an sollen nach einem Beschluß des Rats der Volkskommissare die Eisenbahntarife in Vorkriegsrubeln festgesetzt werden. („Ind.- u. Hand.-Ztg.“ 31. 1.)

Der Kurs des Vorkriegsrubels für den Monat Februar wurde in einem Rundbefehlsschreiben an die Staatskassen auf 150 000 Sowjetrubel normiert. („D. Allg. Ztg.“ 3. 2.)

Krassin führte in London Verhandlungen mit Lloyd George, u. a. über die Bildung eines internationalen Syndikats zum Wiederaufbau Rußlands. („D. Allg. Ztg.“ 14. 2.)

Holland will nach einer Erklärung des Außenministers eine Entscheidung über die Wiederanknüpfung der Beziehungen zu Sowjetrußland erst nach der Konferenz von Genua treffen. („D. Allg. Ztg.“ 10. 2.)

Das Handelsabkommen mit Italien ist unterzeichnet und in Kraft getreten. („D. Allg. Ztg.“ 3. 2.)

Die mit Norwegen geführten Verhandlungen über die Lieferung von gesalzenen Fischen scheiterten an der Kreditfrage. („Times“ 8. 2.)

Mit Schweden wurde am 9. 2. ein vorläufiger Wirtschaftsvertrag abgeschlossen. („D. Allg. Ztg.“ 9. 2.)

Vgl. auch Frankreich.

Schweden. Das Verbot des Verkaufs von Schiffen nach dem Ausland soll um ein Jahr verlängert werden. („Times Tr. Suppl.“ 28. 1.)

Vgl. auch Rußland.

Schweiz vgl. Spanien.

Spanien. Der neue Zolltarif ist in der „Gaceta de Madrid“ veröffentlicht und tritt am 16. 2. in Kraft. („Hbg. Fremdbl.“ 14. 2.)

Ein Merkmal des neuen Tarifs wird nach „Times Trade Suppl.“ v. 11. 2. die Vermehrung der Artikel sein, die Wertzöllen unterworfen sind, z. B. Maschinen, Klaviere, Eisenbahn- und Trambahnwagen usw.

Durch ein Kgl. Dekret vom 4. 2. wird die Errechnung der Wertzölle geregelt. (Näheres vgl. „Times Trade Suppl.“ v. 11. 2. S. 426.)

Durch Note vom 11. 2. hat der spanische Gesandte in Kristiania den Schiffsverkehrsvertrag mit Norwegen gekündigt. Die Kündigungsfrist beträgt 12 Monate. („Hbg. Fremdbl.“ 13. 2.)

Der am 31. 1. ablaufende modus vivendi mit der Schweiz wurde bis 15. 2. verlängert. („Ind.- u. Hand.-Ztg.“ 3. 2.)

Vgl. auch Frankreich.

Tschecho-Slowakei. Mit Wirkung vom 1. 1. 22 ist eine Neuordnung der Zollzuschläge, der sog. Zolkoeffizienten, erfolgt. (Näheres vgl. „Ind.- u. Hand.-Ztg.“ v. 1. 2.)

Vgl. auch Frankreich, Italien, Österreich.

Ungarn. Seit dem 10. 1. ist das Aufgeld, das bei der Zahlung der Einfuhrzölle in Papier erhoben wird, für Waren, die nicht in den Listen A, B oder C stehen, auf 11900 v. H. (bisher 14900 v. H.) ermäßigt worden, so daß also auf diese Waren das 120fache des Grundzolls zu zahlen ist. („Board of Tr. J.“ 26. 1.)

Vgl. auch Österreich, Italien.

Inhalt seit Dezember 1921

Nr. 50
Die Denkschrift der britischen Industrie
Die große Lüge I. Ludwig Ollendorff

Länderberichte:

Rußland Hans von Eckardt
Die Spaltung der kommunistischen Partei — Der Kampf der Gemäßigten mit den Radikalen — Die Vereinigten Sowjetstaaten Rußlands
Vereinigte Staaten F. P.
Die groß-amerikanische Maisernte und ihre Bedeutung für die Fleischversorgung der Welt
Niederländisch-Indien Wilh. Mautner
Volkszählung — Budget — Petroleum: Ausfuhrzölle, Regierung und Djambi — Zucker — Kautschuk — Tabak: Die Konzentrationsbewegung und die Produktion — Ausfuhr von Java und Madura 1920 und 1921 — Preise der Kolonialprodukte — Banken — Die deutsche Eisenindustrie und Java

Weltwirtschaftliche Übersichten:
Geld und Kapital — Schifffahrt und Schiffbau

Nr. 51

Die Kohlenlage Alfred Schmidt-Essen
Die große Lüge II Ludwig Ollendorff
Frankreichs Finanzlage Hans von Eckardt

Länderberichte:

Dänemark G. M. Fritze
Das Defizit im Staatshaushalt — Wandlung der Steuer- und Zollpolitik — Unterstützung der Industrie, aber kein Anti-Dumping-Gesetz — Landwirtschaft und sinkende Lebensmittelpreise — Valutastand
Vereinigte Staaten Virgil Jordan
Lebenshaltung und wirtschaftliche Tendenzen

Weltwirtschaftliche Übersichten:
Geld und Kapital — Schifffahrt und Schiffbau

Nr. 52

Aus dem Bericht der Handelskammer Hamburg
Zur Lage Kurt Singer

Länderberichte:

Deutschland H. F. Z.
Die Beschäftigung der Industrie im November
England Fl. L.
Das Abkommen mit Irland — Irland als Dominion — Irlands Handel mit England — Die wirtschaftliche Verknüpfung Ulsters mit dem übrigen Irland
Holland Wilh. Mautner
Die allgemeine Lage — Die Banken — Die Sparkampagne — Die Finanzlage des Reiches — Neue Anleihen — Die „Koninklijke“ und ihre jüngste Expansion — Börse und Börsenverluste — Handelsbewegung

Weltwirtschaftliche Übersichten:
Geld und Kapital — Wirtschaftskurven — Schifffahrt und Schiffbau

Nr. 1

Zahlen und Zeichen
Völkerrecht oder französisches Recht? I. A. Mendelssohn-Bartholdy
Die Rechtsprechung des französisch-deutschen gemischten Schiedsgerichtshofs in Elsaß-Lothringen-Sachen
Frankreichs Außenhandel H. v. E.

Länderberichte:

Rußland Hans von Eckardt
Der IX. Kongreß der Sowjets — Wiederaufbaupläne — Anerkennung der Staatsschulden durch die Sowjetregierung
Vereinigte Staaten George Roberts
Die Frage der Schuld der Alliierten bei Amerika

Palästina und Syrien Cp.
Die politische und wirtschaftliche Lage Palästinas — Entspannung in Syrien — Das französische Mandat — Syriens Außenhandel

Tunesien Hans Zache
Ablauf der französischen Kolonialpolitik — Staatshaushalt — Außenhandelsleistung in 1920, stark passive Handelsbilanz — Preissturz der Landesprodukte und Krise in Landwirtschaft und Bergbau

Weltwirtschaftliche Übersichten:
Geld und Kapital — Schifffahrt und Schiffbau

Nr. 2

Die Arbeitnehmer-Aktien der
Firma Kupp Alfred Schmidt-Essen
Völkerrecht oder französisches Recht? II. A. Mendelssohn-Bartholdy
Die Rechtsprechung des französisch-deutschen gemischten Schiedsgerichtshofs in Elsaß-Lothringen-Sachen

Länderberichte:

Deutschland E. T.
Der Außenhandel im Oktober und November 1921
Norwegen G. M. Fritze
Die wirtschaftliche und industrielle Lage — Die Alkoholfrage und der Außenhandel

Finland Hans Gabain
Außenhandelsresultate 1921 — Handel mit Rußland — Zollpolitik — Handelsverträge — Valutastand — Einzelheiten des Haushaltsplans für 1922 — Besteuerung

Rußland Hans von Eckardt
Der Außenhandel in den ersten 9 Monaten des vergangenen Jahres — Die wirtschaftliche Lage des Wolga-Gebiets — Die Naturalsteuer

Vereinigte Staaten O. P. Austin
Handel und Industrie im Jahre 1921

Weltwirtschaftliche Übersichten:
Geld und Kapital — Schifffahrt und Schiffbau — Weltmarktpreise

Nr. 3

Das neue Buch von Keynes Eduard Rosenbaum
Zur Lage Kurt Singer
Die Bodenpolitik im Hafengebiet Hamburg Kurt Enoch

Länderberichte:

Deutschland E. T.
Politik und Tagesereignisse — Staatswirtschaft — Industrie, Banken, Handel — Fusionen

Deutsch-Österreich Gustav Stolper
Beseitigung der Lebensmittelschüsse — Devisenhausse und Teuerung — Untaugliche neue Steuern — Anmeldung des Devisenbesitzes — Aufhebung des freien Devisenverkehrs — Neue Devisenhausse

Frankreich Hans von Eckardt
Der Rückgang in der französischen Bevölkerung — Die Krise in der Schwerindustrie — Herabsetzung der Kohlenpreise und Versuche eines Abbaus der Löhne — Die Lage in der Textil- und Schuhindustrie

England M. Molch
Jahresübersichten: Geldmarkt, Kapitalmarkt, Abrechnungsverkehr, Wechselkurse, Aktienkurse und Industriegewinne, Arbeitsmarkt, Preisniveau

China Sui-Lu-Ku (Schanghai)
Der Sturm auf die Staatsbanken eine politische Maché?

Weltwirtschaftliche Übersichten:
Geld und Kapital — Schifffahrt und Schiffbau — Wirtschaftskurven — Weltmarktpreise

Nr. 4

Staats- und Wirtschaftskalender
Die deutsche Eisenindustrie in der Weltwirtschaft Alfred Schmidt-Essen

Zu den Ursachen des Preisrückgangs
auf dem Weltmarkt Kuno Waltemath
Deutsche Steuer-Rundschau Erwin Wiskemann
I. Zur Einführung

Länderberichte:

Deutschland E. T.
Chronik der Staats- und Privatwirtschaft
England M. Molch
Der Außenhandel im Jahre 1921

Rußland Hans von Eckardt
Die außenpolitische Lage der Sowjetrepublik zu Beginn der Wiederaufbauverhandlungen I — Die Ortspolitik der Sowjetregierung und der Gegensatz zu England

Weltwirtschaftliche Übersichten:
Geld und Kapital — Schifffahrt und Schiffbau — Wirtschaftskurven — Weltmarktpreise

Nr. 5

Staats- und Wirtschaftskalender
Bilanzen-Wirrwarr Fritz Naphtali
Das Hilfwerk der deutschen Landwirtschaft Erwin Topf

Deutsche Steuer-Rundschau Erwin Wiskemann
Länderberichte:

Deutschland E. T.
Staatswirtschaft und Gesetzgebung — Bergbau und Industrie — Banken, Handel, Versicherungsgesellschaften — Interessengemeinschaften und Fusionen

Rußland Hans von Eckardt
Die außenpolitische Lage der Sowjetregierung zu Beginn der Wiederaufbauverhandlungen II — Der Gegensatz zu Frankreich und Polen — Die Vereinigten Staaten und Rußland

Vereinigte Staaten O. P. Austin
Die Aussichten für Handel und Industrie im Urteil führender Amerikaner

Niederländisch-Indien Wilh. Mautner
Die indische Anteilnahme in Amerika — Indischer Staatshaushalt — Steuerpolitik — Ein- und Ausfuhrziffern von Java und Madura, Januar-September 1921 — Kolonialprodukte: Preisbewegung, Marktlage für Zucker, Kautschuk, Petroleum, Tabak, Tee — Sines — Messe in Bandung — Das Komitee für Autonomie Indiens

Weltwirtschaftliche Übersichten:
Geld und Kapital — Schifffahrt und Schiffbau — Handelspolitische Rundschau — Weltmarktpreise

Nr. 6

Staats- und Wirtschaftskalender
Hamburgs Seeschiffsverkehr 1921 August Kaegbein
Die indische Revolution I. Hans Zache
Deutsche Steuerrundschau Erwin Wiskemann

Länderberichte:

Deutschland E. T.
Staatswirtschaft und Gesetzgebung — Wirtschaftslage — Industrie und Bergbau — Banken, Handel, Versicherungsgesellschaften — Interessengemeinschaften und Fusionen

England M. Molch
Eisenbahnfragen — Lohnkürzungen — Wirtschaftsrate — Streik in den Goldminen

Dänemark K. H. Müller
Rückblick auf das Jahr 1921

Schweden G. M. Fritze
Die Thronrede und die außenpolitische und wirtschaftliche Lage

Argentinien
Aus dem Reisebriefe eines Hamburger Großkaufmanns:
Weltwirtschaftliche Übersichten:
Geld und Kapital — Schifffahrt und Schiffbau — Wirtschaftskurven — Weltmarktpreise